



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

28. Jahrgang · Heft 4

April 1976

Grafik des Monats: Landeshaushalt 1976

Aufsätze: Bruttoinlandsprodukt 1975
 Stundenverdienst und Geschlecht
 X Ausländer
 Ausländische Schüler

Kurzberichte: Schulsport

Statistisches Amt für Hamburg
 und Schleswig-Holstein
 Bibliothek
 Standort Kiel

BEITRÄGE ZUM BRUTTOINLANDSPRODUKT



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1974/75	1975/76	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt September bis Januar			
INDUSTRIE ¹					
Produktionsindex	1962 = 100	198 ^a	195 ^a	-	2
Beschäftigte	1 000	186 ^a	175 ^a	-	6
Umsatz ²	Mill. DM	1 811 ^a	1 897 ^a	+	5
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	21 ^a	20 ^a	-	8
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	6,9	6,4	-	7
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 331	1 467	+	10
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	391,3	394,2	+	1
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	334,6	344,2	+	3
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 857	8 029	+	37
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einfuhrpreise	1970 = 100	145,1	146,5	+	1
Grundstoffpreise ³	1970 = 100	138,7 ^a	139,5 ^a	+	1
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ³	1970 = 100	133,0	136,4	+	3
landwirtschaftlicher Produkte ³	1961/63 = 100	118,3 ^a	141,2 ^a	+	19
Lebenshaltung ⁴					
insgesamt	1970 = 100	129,6	136,8	+	6
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	124,7	131,4	+	5
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	5 320	5 195	-	2
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	19 367	22 423	+	16
Spareinlagen	Mill. DM	8 314	10 357	+	25
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	110	109	-	1
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	103	113	+	10
Lohnsteuer	Mill. DM	234	231	-	1
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	286	284	-	1

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) alle privaten Haushalte 5) an die Nichtbankenkundenschaft
6) an die Nichtbankenkundenschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer
a) September bis Dezember

DIE KONJUNKTUR IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

		1974/75	1975/76	Veränderung in %	
		Monatsdurchschnitt September bis Januar			
INDUSTRIE¹					
Produktionsindex	1962 = 100	198 ^a	195 ^a	-	2
Beschäftigte	1 000	186 ^a	175 ^a	-	6
Umsatz ²	Mill. DM	1 811 ^a	1 897 ^a	+	5
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	21 ^a	20 ^a	-	8
BAUWIRTSCHAFT UND BAUTÄTIGKEIT					
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	6,9	6,4	-	7
Zum Bau genehmigte Wohnungen	Anzahl	1 331	1 467	+	10
HANDEL					
Ausfuhr	Mill. DM	391,3	394,2	+	1
Ausfuhr ohne Schiffe	Mill. DM	334,6	344,2	+	3
VERKEHR					
Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	5 857	8 029	+	37
PREISINDEXZIFFERN (Bundesgebiet)					
Einfuhrpreise	1970 = 100	145,1	146,5	+	1
Grundstoffpreise ³	1970 = 100	138,7 ^a	139,5 ^a	+	1
Erzeugerpreise					
industrieller Produkte ³	1970 = 100	133,0	136,4	+	3
landwirtschaftlicher Produkte ³	1961/63 = 100	118,3 ^a	141,2 ^a	+	19
Lebenshaltung ⁴					
insgesamt	1970 = 100	129,6	136,8	+	6
Nahrungs- und Genußmittel	1970 = 100	124,7	131,4	+	5
GELD UND KREDIT					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite ⁵	Mill. DM	5 320	5 195	-	2
mittel- und langfristige Kredite ⁶	Mill. DM	19 367	22 423	+	16
Sparenlagen	Mill. DM	8 314	10 357	+	25
STEUERAUFKOMMEN					
Umsatzsteuer/Mehrwertsteuer ⁷	Mill. DM	110	109	-	1
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	103	113	+	10
Lohnsteuer	Mill. DM	234	231	-	1
Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	286	284	-	1

- 1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer
3) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer 4) alle privaten Haushalte 5) an die Nichtbankenkundenschaft
6) an die Nichtbankenkundenschaft; einschließlich durchlaufender Kredite 7) einschließlich Einfuhrumsatzsteuer
a) September bis Dezember

INHALT 4/76

	Seite
Aktuelle Auslese	65
Aufsätze	
Bruttoinlandsprodukt 1975	66
Stundenverdienst und Geschlecht der Industriearbeiter	69
Die Ausländer am 30. September 1975	72
Ausländische Schüler	79
Kurzberichte	
Situation im Schulsport	83
Grafik des Monats	74
Tabellenteil	Beilage
Wirtschaftskurven B (Industrie)	3. Umschlagseite

Neu erschienen:

Statistische Berichte

M 7 - j/74 und 75

„Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke in Schleswig-Holstein
1974 und 1975“

8 Seiten, Preis 1,— DM

Beachten Sie bitte die Inhaltsübersichten
auf den übrigen Seiten dieser Einlage!

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

Heft 10/1975

Investitionen Baugewerbe
Erwerbstätige und Beruf (Teil 3)
Grenz-Reiseverkehr
Lohnsummensteuer

Heft 11/12 – 1975

Allgemeinbildende Schulen
Schülerprognose
Hochschulstatistik
Lehrer-Studenten
Studentendatei und Studentenstatistik

Heft 1/1976

Verarbeitende Industrie 1975
Haushalte und Wohnungen
Geflügelwirtschaft
Ackerschlepper und Feldmaschinen
Sozialhilfeempfänger

Heft 2/1976

Güterverkehr Eisenbahn
Milchviehbetriebe
Teilbeschäftigte 1970

Heft 3/1976

Bundestagswahl 1976 (Teil 1)
Exmatrikulierte Studenten
Wandel im Wohnbau
Millionenvermögen
Straßenverkehrsunfälle



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

28. Jahrgang · Heft 4

April 1976

Aktuelle Auslese



Wohnungsbau auf geringerem Niveau stabilisiert

Ein Vergleich der erteilten Genehmigungen im Wohnbau des 1. Quartals 1975 mit denen des 1. Quartals 1976 zeigt eine steigende Tendenz. Das Nachfrageniveau in den Jahren vor der Rezession wird aber bei weitem nicht erreicht. Es muß auch berücksichtigt werden, daß der Jahresanfang 1975 in der Nachfrageentwicklung die Talsohle darstellte. Die folgenden Steigerungsraten geben somit ein zu optimistisches Bild. Die Zunahme beträgt bei den Wohnungen (in neuen Wohngebäuden) insgesamt + 38 %, bei den Wohnungen in Einfamilienhäusern + 49 %, bei solchen in Zweifamilienhäusern + 17 % und in Mehrfamilienhäusern + 27 %.

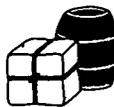
Die Nachfrage nach Bauleistungen scheint sich auf der jetzt erreichten Höhe zu stabilisieren. Die Zahl der zum Bau freigegebenen Wohnungen in neuen Wohngebäuden entspricht im 1. Quartal 1976 etwa dem Durchschnitt der Genehmigungen in den letzten 10 Vierteljahren.



Kommunale Verschuldung 1975 nur um 5 % gestiegen

Die schleswig-holsteinischen Gemeinden und Gemeindeverbände waren Ende 1975 mit 2,360 Mrd. DM verschuldet. Die Zunahme gegenüber Ende 1974 hat 114 Mill. DM (+ 5,1 %) betragen. Hauptgläubiger ist nach wie vor der Kreditmarkt mit 1,845 Mrd. DM, das sind 115 Mill. DM (+ 6,6 %) mehr als ein Jahr zuvor. Auf die Kreditmarktmittel im engeren Sinne (Kreditinstitute) entfielen 1975 1,666 Mrd. DM. Sie sind gegenüber 1974 um 119 Mill. DM (+ 7,7 %) gestiegen. Dagegen haben sich die von Sozialversicherungsträgern gewährten Kredite um

4 Mill. DM (- 2 %) auf 180 Mill. DM verringert. Beim öffentlichen Bereich waren die Gemeinden und Gemeindeverbände 1975 mit 515 Mill. DM verschuldet. Diese Summe hat sich gegenüber 1974 kaum verändert (- 0,2 %).



Ausfuhr erreichte fast 5 Mrd. DM

Im Jahre 1975 führte Schleswig-Holstein Waren im Wert von 4,9 Mrd. DM aus, das sind 12 % mehr als 1974. Die Ausfuhr von Wasserfahrzeugen erreichte mit 932 Mill. DM - nahezu 20 % der gesamten Ausfuhr - einen neuen Höchststand. An erster Stelle standen jedoch wieder die Maschinen mit einem Wert von 1,1 Mrd. DM. Ihre Ausfuhr ist gegenüber dem Vorjahr allerdings nur um 1 % gestiegen.

In die EG-Länder wurden im vergangenen Jahr Waren im Wert von 2 Mrd. DM ausgeführt. Das ist etwas weniger als 1974. Die Ausfuhr in die der EFTA angehörenden Länder konnte demgegenüber um 18 % auf 823 Mill. DM gesteigert werden.



1 904 Studenten haben im SS 1975 das Studium erfolgreich beendet

Nach Meldungen der Prüfungsämter für die Hochschulen in Schleswig-Holstein stellten sich im Sommersemester 1975 insgesamt 2 126 Kandidaten einer Abschlußprüfung, davon haben 1 904 Teilnehmer (90 %) die Prüfung bestanden. Von diesen erfolgreichen Prüfungen waren 758 (40 %) Lehramtsprüfungen und 577 (30 %) Abschlußprüfungen an Fachhochschulen. Die Skala der Prüfungsarten umfaßt außerdem 211 Staatsexamen, 165 Diplomprüfungen, 157 Promotionen, 25 Musikprüfungen, 10 kirchliche Abschlußprüfungen sowie 1 Magisterprüfung.

Bruttoinlandsprodukt 1975

Als Maßstab für das wirtschaftliche Wachstum in einer Region wird schon seit vielen Jahren die Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts benutzt. Sie gibt die Veränderung der erstellten Gütermenge an, bewertet in konstanten Preisen. Dafür wird zur Zeit 1962 als Basisjahr genommen. Wenn die reale Zuwachsrate positiv ist, kann von wirtschaftlichem Wachstum gesprochen werden.

Schleswig-Holstein von der Rezession am geringsten betroffen

In Schleswig-Holstein ergibt sich für 1975 erstmals seit Beginn der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder im Jahre 1950 kein wirtschaftliches Wachstum. Das reale Bruttoinlandsprodukt von Schleswig-Holstein ist 1975 geringer als 1974; mit anderen Worten, es wurden 1975 weniger Güter und Dienstleistungen erstellt als 1974. Allerdings ist für diese geringere Menge von Gütern und Dienstleistungen auch nur eine geringere Anzahl von Erwerbstätigen eingesetzt worden. In Zahlen verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 um 1,3 % auf 20,0 Mrd. DM. Positiv ist zu bewerten, daß Schleswig-Holstein damit im Vergleich zu den anderen Bundesländern noch am besten abschneidet. Es bestätigt sich wiederum, daß die Wirtschaftsstruktur unseres Landes sich in dieser Rezession wie auch schon in den Jahren 1966 und 1967 als relativ stabil erweist. Stabilisierend wirkten 1975 vor allem die Wirtschaftsbereiche Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau mit dem hier besonders zu erwähnenden Schiffbau und das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe. Hinzu kommen die Auswirkungen des besonders guten Sommers 1975 auf die Umsätze in den Fremdenverkehrsgemeinden.

Im Vergleich mit dem gesamten Bundesgebiet, in dem 1975 3,5 % weniger Güter und Dienstleistungen erstellt wurden als 1974, schneidet unser Land immerhin um 2,2 Punkte besser ab. Von der Rezession am stärksten betroffen ist Nordrhein-Westfalen mit einer negativen Veränderungsrate von 4,9 %. Aber auch in Baden-Württemberg, Hessen, Bremen und Rheinland-Pfalz war die Abnahme stärker als im Bundesdurchschnitt.

Das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen hat dagegen noch in allen Bundesländern zugenommen. Auch beim Vergleich dieser Zuwachsraten liegt Schleswig-Holstein an der Spitze der Bundesländer, und zwar stieg das Bruttoinlandsprodukt in jeweiligen Preisen 1975 gegenüber 1974 in Schleswig-Holstein um 6,9 % bei einer bundesdurchschnittlichen Zuwachsrate von 4,4 %.

Bruttoinlandsprodukt 1975 in den Bundesländern

	Veränderung von 1974 auf 1975	
	in Preisen von 1962	in jeweiligen Preisen
	%	
Schleswig-Holstein	- 1,3	6,9
Saarland	- 1,7	6,6
Berlin (West)	- 2,0	3,5
Niedersachsen	- 2,1	5,9
Bayern	- 2,4	5,3
Hamburg	- 2,8	4,9
Rheinland-Pfalz	- 3,6	4,1
Bremen	- 3,8	5,0
Hessen	- 3,9	4,4
Baden-Württemberg	- 3,9	3,8
Nordrhein-Westfalen	- 4,9	3,3
Bundesgebiet	- 3,5	4,4

Welches Ausmaß die Preissteigerungen gerade in der letzten Zeit angenommen haben, kann an dem Unterschied zwischen den Veränderungs-raten des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen und in Preisen von 1962 des Jahres 1975 gegenüber 1974 abgelesen werden. Danach ergibt sich für Schleswig-Holstein eine Preissteigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts von 8,3 % und für das gesamte Bundesgebiet eine von 8,2 %. Die Preissteigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts gibt die Summe der Preisveränderungen bei sämtlichen erstellten Gütern und erbrachten Dienstleistungen einschließlich der Vorprodukte für die jeweiligen Mengen der beiden Jahre an. Es handelt sich hier also nicht um den Anstieg der Lebenshaltungskosten, bei dem für einen über mehrere Jahre konstant gehaltenen Warenkorb der Güter des privaten Verbrauchs die Preissteigerungen ermittelt werden.

Die Beiträge der Wirtschaftsbereiche

Bei einer Untergliederung der wirtschaftlichen Gesamtleistung nach Wirtschaftsbereichen ist zunächst positiv festzuhalten, daß die Dienstleistungsunternehmen noch ein bemerkenswertes wirtschaftliches Wachstum aufzuweisen haben. Der Beitrag der Dienstleistungsunternehmen zum realen Bruttoinlandsprodukt ist 1975 um 4,4 % gegenüber 1974 angestiegen. Diese positive Entwicklung bei den Dienstleistungsunternehmen gilt auch für das gesamte Bundesgebiet, allerdings ist hier die Wachstumsrate mit 3,1 % um 1,3 Punkte geringer als in Schleswig-Holstein. Diese unterschiedliche Entwicklung ist zweifellos mit auf den bereits erwähnten besonders guten Sommer 1975 mit seinen Auswirkungen auf die Umsätze in unseren Fremdenverkehrsgemeinden zurückzuführen.

Die Dienstleistungsunternehmen sind allerdings für die Gesamtwirtschaft von geringem Gewicht, denn sie haben nur 15,1 % zum realen Bruttoinlandsprodukt 1975 im Lande beigetragen. Im Vergleich mit dem Bundesgebiet wirkt sich aber positiv aus, daß dieser Bereich in Schleswig-Holstein überdurchschnittlich stark vertreten ist, und zwar um 1,8 Punkte gewichtiger als im gesamten Bundesgebiet.

Gerade in diesem Bereich sind in den Jahren 1970 bis 1974 infolge von beträchtlichen Lohn- und Gehaltssteigerungen über den realen Zuwachs hinaus auch erhebliche Preissteigerungen enthalten gewesen. Deshalb erscheint es besonders bemerkenswert, daß hier ein gewisser Umschwung festzustellen ist. Denn im Vergleich mit der gesamtwirtschaftlichen Preissteigerungsrate von 8,2 % in Schleswig-Holstein ergeben sich bei den Dienstleistungsunternehmen unseres Landes nur Preissteigerungen von 7,0 %.

Auch der Wirtschaftsbereich Staat, private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbscharakter leistete 1975 einen höheren Beitrag zum realen Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins als 1974. Allerdings war die reale Zuwachsrate mit 2,6 % um 0,5 Punkte geringer als im gesamten Bundesgebiet. Die Bedeutung dieses Bereichs für die wirtschaftliche Gesamtleistung Schleswig-Holsteins ist allerdings mit einem Anteil von 11,4 % am realen Bruttoinlandsprodukt 1975 noch geringer als die der Dienstleistungsunternehmen.

In den drei anderen Wirtschaftsbereichen wurden 1975 weniger Güter und Dienstleistungen erzeugt als 1974, das heißt die Veränderungsraten des realen Bruttoinlandsprodukts sind negativ. Dabei ist die Entwicklung des

Wirtschaftsbereichs warenproduzierendes Gewerbe für unser Land in besonderem Maße bedeutungsvoll, weil das warenproduzierende Gewerbe fast die Hälfte (45 %) zum realen Bruttoinlandsprodukt 1975 beigetragen hat. Im gesamten Bundesgebiet hat dieser Bereich mit einem Anteil von 55 % sogar ein noch stärkeres Gewicht. Deshalb ist gerade die Entwicklung des warenproduzierenden Gewerbes ausschlaggebend für die Gesamtwirtschaft.

Der im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet geringe mengenmäßige Rückgang in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft ist vor allem auf das unterschiedliche Ausmaß der Rezession im warenproduzierenden Gewerbe zurückzuführen. Einer negativen Veränderungsrate des Beitrags vom warenproduzierenden Gewerbe zum realen Bruttoinlandsprodukt von 6,1 % im gesamten Bundesgebiet steht in Schleswig-Holstein nur ein Rückgang um 3,8 % gegenüber. Die negative Veränderungsrate ist also in unserem Lande um 2,3 Punkte geringer als im gesamten Bundesgebiet, was vor allem - wie bereits erwähnt - auf den Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau mit dem Schiffbau und das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe zurückzuführen ist. Auf die Unterschiede in der gesamtwirtschaftlichen Veränderungsrate wirkt sich dann noch verstärkend günstig für Schleswig-Holstein aus, daß der Anteil des warenproduzierenden Gewerbes im Bundesgebiet 10 Punkte größer ist als im Lande.

Trotz dieser im Vergleich zum Bundesgebiet positiv anzumerkenden Tatsache darf nicht übersehen werden, daß sich im warenproduzierenden Gewerbe mit dem mengenmäßigen Rückgang um 3,8 % auch in Schleswig-Holstein ein gravierender Einbruch in diesem für unser

Bruttoinlandsprodukt 1974¹ und 1975² in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet

Bereich	Schleswig-Holstein				Bundesgebiet			
	in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962		in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1962	
	1975 Mrd. DM	Ver- ände- rung 1974/75 in %	1975 Mrd. DM	Ver- ände- rung 1974/75 in %	1975 Mrd. DM	Ver- ände- rung 1974/75 in %	1975 Mrd. DM	Ver- ände- rung 1974/75 in %
Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei	2,2	-4,1	1,8	-3,2	28,5	4,3	23,7	-2,1
Warenproduzierendes Gewerbe	14,4	1,9	8,9	-3,8	503,2	-0,6	315,7	-6,1
Handel und Verkehr	7,2	11,9	3,9	-1,0	195,8	9,1	106,7	-3,2
Dienstleistungsunternehmen	7,1	11,7	3,0	4,4	181,9	10,3	76,8	3,1
Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter	6,2	8,7	2,3	2,6	144,0	9,2	53,1	3,1
Insgesamt³	36,6	6,9	20,0	-1,3	1 042,2	4,4	575,9	-3,5

1) vorläufige Ergebnisse

2) erste vorläufige Ergebnisse

3) um die Differenz zwischen Vorsteuerabzug an Umsatzsteuer auf Investitionen und Investitionssteuer bereinigt

Land bedeutungsvollsten Wirtschaftsbereich vollzogen hat. Das Ausmaß dieses Rückgangs kann vielleicht besser daran abgelesen werden, daß beim Vergleich der mit Preisen von 1962 bewerteten Mengen im Jahre 1975 für 360 Mill. DM weniger Güter erstellt worden sind als 1974. Das sind immerhin 1,8 % des realen Bruttoinlandsprodukts 1975 für Schleswig-Holstein insgesamt. In jeweiligen Preisen entspricht diese Menge von Gütern sogar einem Volumen von 630 Mill. DM.

Auch im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr ist die Entwicklung im Jahre 1975 im Vergleich zu 1974 in Schleswig-Holstein wesentlich günstiger verlaufen als im gesamten Bundesgebiet, wenn auch 1 % weniger Güter und Dienstleistungen erstellt wurden. Im gesamten Bundesgebiet beläuft sich die negative Veränderungsrate auf 3,2 % und ist damit um 2,2 Punkte stärker als im Lande.

Handel und Verkehr sind für Schleswig-Holstein der zweitstärkste Wirtschaftsbereich, allerdings von wesentlich geringerem Gewicht als das warenproduzierende Gewerbe. 1975 haben Handel und Verkehr zum realen Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins fast genau ein Fünftel (19,7 %) beigetragen. Im Bundesgebiet ist die Bedeutung dieses Wirtschaftsbereichs für die Gesamtleistung mit einem Anteil von 18,5 % etwas geringer.

Etwas schlechter als im gesamten Bundesgebiet war wie beim Wirtschaftsbereich Staat, private Haushalte und Organisationen ohne Erwerbscharakter auch das Ergebnis des Wirtschaftsbereichs Land- und Forstwirtschaft, Tierhaltung und Fischerei in Schleswig-Holstein. Einem mengenmäßigen Rückgang im Jahre 1975 gegenüber 1974 um 2,1 % im gesamten Bundesgebiet steht eine negative Veränderungsrate von 3,2 % in unserem Lande gegenüber. Bemerkenswert hierzu ist, daß der Anteil dieses Wirtschaftsbereichs am realen Bruttoinlandsprodukt 1975 mit 9,1 % in Schleswig-Holstein mehr als doppelt so groß ist wie im gesamten Bundesgebiet, wo er 4,1 % beträgt.

Die Produktivität wurde gesteigert

Stellt man das reale Bruttoinlandsprodukt von Schleswig-Holstein in Relation zu den Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein, dann erhält man einen Maßstab für das, was heute meist unter gesamtwirtschaftlicher Produktivität verstanden wird. Bei dieser personenbezogenen Produktivität ist allerdings zu berücksichtigen, daß eine Steigerung nicht etwa nur auf eine gestiegene Arbeitsleistung, sondern vor allem auch auf verschiedene andere Faktoren wie Strukturverschiebungen in der schleswig-holsteinischen

Wirtschaft, verstärkter Kapitalumsatz und unternehmerische Innovationen sowie öffentliche Infrastrukturmaßnahmen zurückzuführen ist. Außerdem wird bei dieser Produktivitätsberechnung, in die als Bezugsgröße nur die Zahl der Erwerbstätigen eingeht, davon ausgegangen, daß die durchschnittliche Arbeitszeit in dem betrachteten Zeitraum konstant geblieben ist.

In Schleswig-Holstein trug jeder Erwerbstätige 22 480 DM zum realen Bruttoinlandsprodukt 1975 bei, das sind 330 DM oder 1,5 % mehr als im Jahre 1974. Dem gesamtwirtschaftlichen mengenmäßigen Rückgang steht also eine Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität gegenüber. Die erstellte Menge von Gütern und Dienstleistungen je Erwerbstätigen ist 1975 gegenüber 1974 in Schleswig-Holstein um 1,5 % gestiegen.

Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen
in Preisen von 1962

Land	1974	1975	Veränderung von 1974 auf 1975 in %	1975 Bundeswert = 100
Schleswig-Holstein	22 150	22 480	+ 1,5	99
Hamburg	31 570	31 750	+ 0,6	140
Niedersachsen	20 620	20 810	+ 0,9	92
Bremen	23 940	23 850	- 0,4	105
Nordrhein-Westfalen	24 630	24 220	- 1,7	107
Hessen	22 530	22 440	- 0,4	99
Rheinland-Pfalz	24 500	24 280	- 0,9	107
Baden-Württemberg	21 180	21 100	- 0,3	93
Bayern	20 740	20 880	+ 0,7	92
Saarland	20 490	20 530	+ 0,2	90
Berlin (Eigenber.)	24 620	24 990	+ 1,5	110
Bundesgebiet	22 800	22 740	- 0,3	100

Mit dieser Zuwachsrate liegt Schleswig-Holstein zusammen mit Berlin an der Spitze der Bundesländer. Im gesamten Bundesgebiet ist die Produktivität um 0,3 % zurückgegangen. Im Vergleich dazu schneidet Schleswig-Holstein um 1,8 Punkte besser ab. Außer in Schleswig-Holstein und Berlin sind auch noch in Niedersachsen, Bayern, Hamburg und im Saarland Produktivitätssteigerungen mit Raten zwischen 0,9 % und 0,2 % zu verzeichnen. Der höchsten positiven Rate von 1,5 % steht die höchste negative Rate von 1,7 % in Nordrhein-Westfalen gegenüber. Durch die überdurchschnittlich gute Entwicklung in Schleswig-Holstein konnte die noch bestehende Differenz zum Bundeswert weiter verringert werden. In Schleswig-Holstein erwirtschaftete 1975 jeder Erwerbstätige durchschnittlich 22 480 DM und im Bundesgebiet insgesamt durchschnittlich 22 740 DM. Die Differenz beträgt damit nur noch 260 DM; mit anderen Worten, Schleswig-Holstein liegt in der Produktivität nur um 1 % unter dem Bundesdurchschnitt.

Im Ländervergleich der absoluten Produktivitätszahlen liegt Hamburg mit einer Meßzahl von 140 - gemessen am Bundesdurchschnitt - weit aus an der Spitze aller Bundesländer. Überdurchschnittlich gut sind auch noch Berlin, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen und

Bremen. Danach folgt aber bereits Schleswig-Holstein, etwa gleichauf mit Hessen. Wesentlich geringer sind dann die Werte in Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen und dem Saarland mit Meßziffern zwischen 93 und 90.

Peter Möller

Stundenverdienst und Geschlecht der Industriearbeiter

Im Laufe des Jahres 1975 hat der durchschnittliche Bruttostundenverdienst aller männlichen und weiblichen Arbeiter in Industrie und Bau- gewerbe die 10-Mark-Grenze überschritten. Er belief sich

im Januar 1975 auf 9,45 DM	
April	9,85 DM
Juli	10,13 DM
Oktober	10,20 DM.

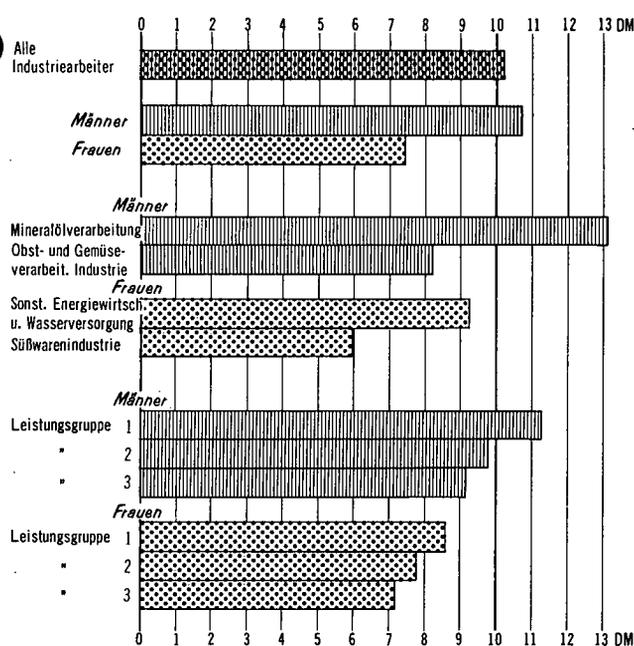
Der letzte Betrag - 10,20 DM - soll im folgenden gemäß den Möglichkeiten der laufenden Verdiensterhebung in Industrie und Handel weiter differenziert werden. Dies geschieht anhand der Merkmale Geschlecht, Wirtschaftszweig und Leistungsgruppe. Das Bild gibt einen Überblick über die dadurch bedingten Unterschiede.

Der durchschnittliche Bruttostundenverdienst aller männlichen Industriearbeiter belief sich im Oktober 1975 auf 10,70 DM, der aller weiblichen auf 7,46 DM. Die Lage^b des Gesamtdurchschnitts von 10,20 DM sehr viel näher bei dem Wert für die Männer als bei dem für die Frauen spiegelt das Mengenverhältnis zwischen diesen beiden Teilmassen¹ wider, nämlich etwa 5 : 1 oder genauer 83 : 17. Am Männerverdienst gemessen brachten die Arbeiterinnen nur 70 % nach Hause. Das Geschlecht erweist sich damit nach wie vor als ein im statistischen Durchschnitt wesentliches lohnbestimmendes Merkmal. Wie wir weiter unten sehen werden, sind innerhalb eines Geschlechts die mit dem Wirtschaftszweig verbundenen Verdienstunterschiede allerdings noch größer.

Wenn man nicht von vornherein die These akzeptieren will, die Frauen würden ihres Geschlechts wegen unterbezahlt, dann ist zu fragen, ob es bei den Frauen im Unterschied zu den Männern weit verbreitete Umstände gibt, die nach den für alle Lohnempfänger gleichmäßig geltenden Regeln eine geringere Lohnhöhe zur Folge haben. Solche Umstände könnten individueller Natur sein und für viele einzelne Frauen zutreffen, oder struktureller Art, also mit den Mengenverteilungen verbunden sein. In dieser Hinsicht wäre zum Beispiel zu prüfen, ob die Frauen in solchen Wirtschaftszweigen besonders zahlreich sind, wo die Löhne niedrig sind, und umgekehrt die Männer dort, wo viel bezahlt wird. Hierzu wurde eine Rang-Korrelation berechnet zwischen den beiden Rangreihen der Wirtschaftszweige nach der Anzahl der in ihnen erfaßten Arbeiterinnen und nach der Höhe ihrer Bruttostundenverdienste. Diese beiden Rangreihen weisen (bei 46 Gliedern) eine signifikante negative Korrelation zueinander auf ($r_s = -0,36$). Damit wird die obige Hypothese bestätigt: es besteht ein Zusammenhang zwischen Wirtschaftszweigen mit vielen

Bruttostundenverdienste im Oktober 1975 in der Industrie

D - 4753



1) Genau genommen kommt es hier nicht auf die Arbeiter, sondern auf die bezahlten Stunden an; diese Teilmassen - bezahlte Stundensumme der Männer und der Frauen - verhalten sich wie 84,4 zu 15,6, das Gewicht der Männer ist also etwas größer als nach ihrer Anzahl, weil sie länger arbeiten

Arbeiterinnen und solchen mit niedrigen Löhnen. Selbst dann also, wenn Männer und Frauen in jedem einzelnen Wirtschaftszweig gleich viel verdienten, würden die Gesamtdurchschnitte der Männer und Frauen wegen der verschiedenen Mengengewichte auseinanderfallen.

Das bisher abstrakt Gesagte wird durch die folgenden Beispiele konkreter. Die Süßwarenindustrie und die fischverarbeitende Industrie stehen nach der Zahl der Arbeiterinnen auf Platz 5 und 8 (von 46), also deutlich im Anfangsfeld, nach der Verdiensthöhe rangieren sie mit 5,95 DM und 6,03 DM an 46. und 45. Stelle, bilden also den Schluß. Umgekehrt finden sich die Elektrizitätsgewinnung und -verteilung, die Herstellung landwirtschaftlicher Maschinen, die Mineralölverarbeitung und die Brauerei/Mälzerei auf den Plätzen 40, 41, 44 und 45 der Beschäftigtenzahl (es gibt dort also nur sehr wenige Frauen), aber an 7., 4., 1. und 5. Stelle der Lohnskala, also in Spitzenpositionen. Im Verhältnis zu dem hohen Lohn von z. B. 9,22 DM in der "sonstigen Energiewirtschaft und Wasserversorgung" verdienten die Frauen in der Süßwarenindustrie nur 65 %!

Hier sei erwähnt, daß in die Berechnung nur solche Zweige eingingen, in denen sowohl für Männer als auch für Frauen Löhne nachgewiesen wurden. Es fehlen deshalb die ledererzeugende Industrie und der Hoch- und Tiefbau. Ferner wurde der Wirtschaftsbereich immer in der feinsten verwendbaren Untergliederung benutzt und so, daß die Bereiche sich nicht überschneiden, andererseits aber möglichst den gesamten Erhebungsbereich abdecken.

Es kann jetzt die Frage gestellt werden, ob es unter den männlichen Arbeitern eine entsprechende positive Korrelation zwischen Beschäftigtenzahl und Verdiensthöhe in den einzelnen Wirtschaftszweigen gibt. Selbstverständlich ist das, allein aus der bei den Frauen gemachten Beobachtung, nämlich nicht. Die Berechnung ergibt jedoch für die Männer ebenfalls eine signifikante Korrelation von $r_s = + 0,37$, also in gleicher Höhe wie bei den Frauen, nur in positiver Richtung. Hier besteht also eine deutliche Beziehung zwischen "vielen Arbeitern" und "hohem Stundenverdienst" in den Branchen. In der Anfangsgruppe nach der Beschäftigtenzahl und nach dem Lohn, mit Platznummern zwischen 1 und 7, befinden sich die Elektrizitätsgewinnung und -verteilung, die sonstige Energie- und Wasserwirtschaft, die Industrie der Steine und Erden, die Mineralölverarbeitung (13,06 DM) und der Stahl- und Leichtmetallbau. Zwei dieser Zweige waren auch bei den Frauen in der (Lohn-)Spitzengruppe. Auf den letzten Plätzen mit Nummern zwischen 40 und 46 stehen die fischverarbei-

tende und die Süßwarenindustrie (beide auch bei den Frauen in der (Lohn-)Endgruppe), ferner die Herstellung von Musikinstrumenten, Schmuck und Spielwaren sowie die obst- und gemüseverarbeitende Industrie (8,15 DM). Dieser geringste Betrag macht nur 62 % des Spitzenbetrages aus!

Um die Hypothese zu erhärten, daß die zwischen den Branchen bestehenden Lohnunterschiede sich infolge verschiedener Mengenverteilung der Männer und Frauen auf die Branchen als Lohnunterschiede zwischen den Geschlechtern auswirken, müssen zwei weitere Korrelationen zwischen den bisher verwendeten 4 Reihen errechnet werden, nämlich kreuzweise verpaart. Die Erwartung lautet: die Rangreihen der Branchen nach Männer- und Frauenlöhnen korrelieren stark positiv, die Rangreihen nach Männer- und Frauenzahl stark negativ.

Die Ergebnisse bestätigen diese Erwartung vollauf. Zwischen den Wirtschaftszweigen, geordnet nach der Anzahl der in ihnen erfaßten männlichen und weiblicher Arbeiter, besteht ein ausgeprägter gegenläufiger Zusammenhang, nämlich $r_s = - 0,65$. Noch ausgeprägter ist das Ergebnis zwischen den beiden Lohnreihen. Die Wirtschaftszweige bieten weitgehend unabhängig vom Geschlecht viel oder wenig Lohn, der Korrelationskoeffizient lautet $r_s = + 0,76$.

Wenn die Hypothese stimmt, daß ein Teil des Abstandes, den der durchschnittliche Verdienst der Frauen von dem der Männer hat, auf den strukturellen Effekt der Häufung der Frauen in weniger zahlenden Branchen zurückzuführen ist, dann muß bei Ausschaltung dieses Effekts der Lohnabstand geringer werden. Diese Berechnung drückt in jeder einzelnen der 46 Branchen den Frauenlohn in % des Männerlohnes aus. Die Werte schwanken zwischen 66 % und 86 %. Das arithmetische Mittel dieser 46 Werte, also der durchschnittliche Stand des Frauenlohnes in % des Männerlohnes, beträgt 80 %. Wie man sich vom Anfang her erinnert, war dieser Wert, als Abstand zwischen den gewogenen Durchschnittsverdiensten aller Männer und aller Frauen, 70 % gewesen. 10 Punkte oder ein Drittel des Abstandes der Frauen geht also zu Lasten der Beschäftigtenstruktur hinsichtlich Branche und Geschlecht.

Anfangs war von individuellen und von strukturellen Merkmalen die Rede, die zu dem statistischen Ergebnis der geringeren Frauenverdienste führen. Der strukturelle Einfluß der Mengenverteilung auf die Wirtschaftszweige wurde beschrieben. Im folgenden wird der strukturelle Einfluß des individuellen Merkmals "Leistungsgruppe" untersucht.

Die Leistungsgruppe ist eine Einteilung nur für die Lohnstatistik gemäß der Qualifikation

des Arbeiters. Sie lehnt sich an die tariflichen Lohngruppen an, reduziert aber deren Vielfalt und Vielzahl auf 3 Gruppen, die ungefähr den Stufen "Facharbeiter", "angelernter -" und "ungelernter Arbeiter" entsprechen und nun den Vergleich zwischen beliebigen Branchen ermöglichen, obwohl deren Tarife verschieden gestaltet sind. Die Abstufung der Bruttostundenverdienste mit der Leistungsgruppe ist aus dem Bild ersichtlich. Die Zahlen dazu lauten folgendermaßen (Industrie ohne Bau):

	Leistungsgruppe		
	1	2	3
Männer	11,06	9,83	9,13 DM
Frauen	8,56	7,79	7,15 DM.

Die unterste Leistungsgruppe bringt es auf 82,5% (Männer) und 83,5% (Frauen) des Lohnes der obersten. Die Frauen erreichen 77,4% (Leistungsgruppe 1), 79,2% (LGr. 2) und 78,3% (LGr. 3) des entsprechenden Männerlohnes. Alle diese Abstände sind kleiner als der des Gesamtdurchschnittslohnes der Frauen von dem der Männer: 70%. Auch hier muß folglich ein Gewichtungseffekt im Spiele sein. Er wird durch folgende Zahlen ausgedrückt:

Von 100 Arbeitern in der Industrie (ohne Bau) befanden sich

in den Leistungsgruppen	1	2	3
Männer	62	28	10
Frauen	5	37	58

Die Gegenläufigkeit in der Besetzungshäufigkeit ist offensichtlich. Es zeigt sich derselbe Zusammenhang mit dem Geschlecht wie bei den Wirtschaftszweigen: In der gering bezahlten Gruppe sind die Frauen häufiger, in der höher bezahlten die Männer. Eine Hilfsrechnung soll das Ausmaß des Einflusses der Leistungsgruppenverteilung auf den Durchschnittsverdienst zeigen. Wären die Frauen und die Männer gleich auf die Leistungsgruppen verteilt, z. B. zu je einem Drittel in jeder der drei, dann lauteten die Durchschnittsverdienste 10,01 DM für die Männer und 7,83 DM für die Frauen. Diese hätten dann einen Abstand von den Männerverdiensten wie 78 zu 100, also 8 Punkte weniger als gemäß den nach der Wirklichkeit gewichteten Verhältnissen.

Was bedeuten nun diese 8 Punkte und die im Zusammenhang mit den Wirtschaftszweigen errechneten 10 Punkte? Sie geben an, um welches Maß sich der Abstand des durchschnittlichen Frauenlohnes vom durchschnittlichen Männerlohn verringert, wenn man jeweils einen strukturellen Faktor eliminiert. Der andere Faktor bleibt dabei jedoch immer noch wirksam. Da nun auch ein gewisser, hier

nicht untersuchter Zusammenhang zwischen diesen beiden Faktoren besteht, kann man die beiden gefundenen Punktzahlen - 10 und 8 - nicht einfach addieren und sagen, beide Werte zusammen ergäben das ganze Maß, um das die Frauenlöhne den Männerlöhnen näherrücken, wenn man den Einfluß der verschiedenen Häufigkeit der Männer und Frauen in den Wirtschaftszweigen und in den Leistungsgruppen eliminiert. Diese 18 Punkte stellen vielmehr einen Maximalwert hierfür dar. Der wahre Wert ist um so viel kleiner, als diese beiden Einflußmomente wiederum untereinander korrelieren.

Eine einfache Berechnung erlaubt es, den gesuchten Wert recht nahe zu bestimmen. Innerhalb aller 46 Branchen und jeweils 3 Leistungsgruppen wird immer unmittelbar errechnet, wieviel % des Männerlohnes der entsprechende Frauenlohn erreicht. Wegen häufiger Nichtbesetzung einzelner Leistungsgruppen in einzelnen Branchen ergeben sich nicht $46 \times 3 = 138$ Einzelwerte, sondern nur 76. Sie streuen zwischen 62% und 107% (!); ihr arithmetisches Mittel beträgt 82%. Die Bedeutung dieser Zahl läßt sich so ausdrücken: im Mittel aller Vergleiche zwischen dem durchschnittlichen Arbeiter und der durchschnittlichen Arbeiterin gleicher Leistungsgruppe und Branche verringert sich der Abstand zum Lohn des männlichen Kollegen, der anhand der gewonnenen Gesamtdurchschnitte 30 Punkte betrug, auf 18 Punkte allein dadurch, daß der statistische Einfluß der Mengenverteilung auf den Durchschnittslohn ausgeschaltet wird. Natürlich ist diese Aussage ebenfalls eine statistische, also nicht auf ein konkretes einzelnes Arbeiterpaar anzuwenden.

Neben den zwei untersuchten lohnbestimmenden Momenten gibt es noch ein weiteres, über das jedoch aus der laufenden Verdiensterhebung leider keine Angaben vorliegen. Das ist die Erschwernis der Arbeit.

Dem Statistiker ist öfter aufgefallen, daß in ein und demselben Betrieb unter den Arbeitern der gleichen Leistungsgruppe die Frauen einen geringeren Durchschnittsverdienst hatten als die Männer. Nicht selten kommt es sogar vor, daß Frauen einer Leistungsgruppe weniger verdienen als im selben Betrieb die Männer in der niedrigeren Leistungsgruppe. Solche Betriebe sind nun auf diesen Umstand hingewiesen und nach den Gründen gefragt worden. Die Antworten zeigten eine Häufung bei Gründen, die man zusammenfassend als "Erschwernis der Arbeit" bezeichnen kann. Dazu gehören bei den befragten Betrieben:

- Die körperlich schwere (und deshalb höher bezahlte) Arbeit wird nicht von den Frauen, sondern von den Männern verrichtet

- Die Männer stehen im Akkord, die Frauen nicht
- Mehrarbeits- und Nachtarbeitsstunden werden von den Männern, nicht von den Frauen geleistet
- Schichtarbeit mit entsprechenden Zulagen ist Männersache
- Die Männer erhalten Prämienlohn, die Frauen nur Zeitlohn.

Ohne Zweifel handelt es sich bei diesen Umständen um bedeutende, die Lohnhöhe bestimmende Momente, die nicht auf das Geschlecht als solches, sondern auf die Leistung für den Betrieb bezogen sind. Gewiß auch gelten sie nicht nur für die wegen auffälliger Ungleichbezahlung befragten Betriebe, sondern allgemein. Die Sonderbefragung konnte natürlich nicht so weit gehen, die Firmenleitung um quantifizierende Angaben derart zu bitten, wieviel ihre Arbeiterinnen mit denselben Zulagen usw. verdient hätten, die bei den Arbeitern in die Lohnberechnung eingeflossen sind. Sicher ist nur, daß ein erheblicher Teil des nach den oben beschriebenen statistischen Bereinigungen verbleibenden Abstandes der Frauen- von den Männerlöhnen (nämlich 18 %) durch diese Umstände bestimmt ist, die ihrer Erschwernis wegen die Frauen - aus guten Gründen - viel seltener in Kauf zu nehmen ge-

willt sind als die Männer, trotz des höheren erzielbaren Lohnes.

Über die tieferen Bedingtheiten der hier geschilderten Umstände und ihre gesellschaftliche Bedeutung ist mit der statistischen Analyse natürlich nichts gesagt. Offen bleibt zum Beispiel die Frage nach der Kausalität bei dem Zusammenhang zwischen Häufigkeit der Frauen und Lohnniveau des Wirtschaftszweiges (sind dort viele Frauen, weil dort "ihre", wenn auch gering bezahlte Arbeit angeboten wird, oder wird dort wenig bezahlt, weil hauptsächlich Frauen beschäftigt werden?), genauso bei dem Konnex zwischen Geschlecht und Leistungsgruppe. Schließlich ist sogar zu fragen, ob der anstandslos anerkannte merkantile Mehrwert der für den Mann genannten Erschwernismomente nicht ein Gegengewicht in gewissen Arbeitseigenschaften der Frauen finden könnte, um derenwillen für gewisse Arbeitsplätze gerade Frauen bevorzugt werden, aber ohne daß sich diese Nachfrage in einem höheren Lohnangebot niederschläge.

Arnold Heinemann

Nähere Angaben siehe Stat. Berichte N 11

Die Ausländer am 30. September 1975

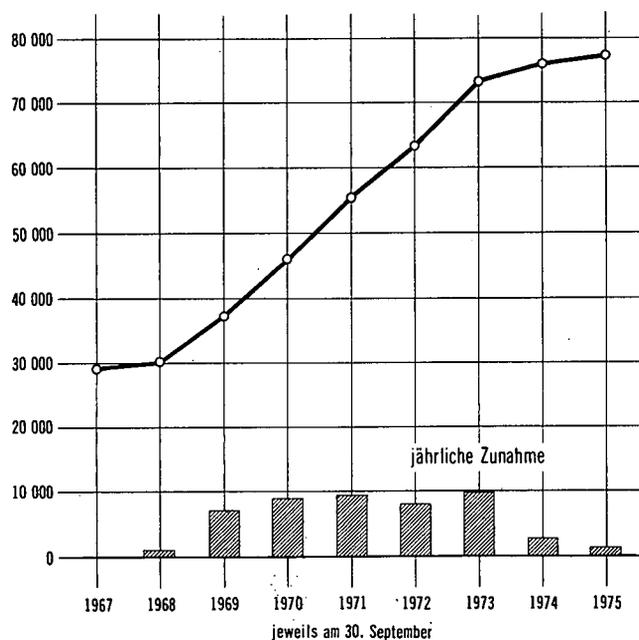
Der nur durch den Wirtschaftseinbruch um das Jahr 1967 kurz unterbrochene Zustrom der ausländischen Arbeitnehmer in die Bundesrepublik, das Nachziehen von Angehörigen und die steigenden Ausländergeburten ließen die Zahl der Ausländer gewaltig ansteigen. 1973 verstärkten sich die Diskussionen um die geeigneten Mittel, die Infrastrukturprobleme anzugehen, die die mittlerweile auf 4 Millionen angewachsene Zahl nichtdeutscher Mitbürger unserer Volkswirtschaft stellte. Es mußte zunächst darum gehen, den weiteren Zuzug von Ausländern in die Ballungsräume und Verdichtungsgebiete zu verhindern, denn dort stellten sich die Probleme, wie die räumliche Unterbringung oder die Beschulung der Kinder, am stärksten. Die Bundesregierung verabschiedete am 6. Juni 1973 ein Aktionsprogramm zur Ausländerbeschäftigung. Ziel dieses Programms sollte eine "sozial verantwortliche Konsolidierung der Ausländerbeschäftigung" sein. Das Programm besteht aus mehreren Leitlinien. Die erste wurde bereits am

1. September 1973 verwirklicht, als man die Gebühr für die Vermittlung eines ausländischen Arbeitnehmers aus einem Land außerhalb der Europäischen Gemeinschaft von bisher 300 auf 1 000 DM erhöhte. Diese Regelung verlor jedoch bereits zwei Monate später jegliche Bedeutung. Am 23. November 1973 bat nämlich der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, die Auslandsdienststellen der Bundesanstalt anzuweisen, ihre Vermittlungstätigkeit einzustellen. Lediglich die deutsche Kommission in Italien konnte wegen der Freizügigkeit in der Gemeinschaft weiter vermitteln. Dieser "Anwerbestopp" trifft Arbeitnehmer aus Griechenland, Jugoslawien, Portugal, Spanien, der Türkei, Tunesien und Marokko. Die übrigen Arbeitnehmer, insbesondere die aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, werden davon nicht berührt. Auch wird dadurch die Binnenwanderung der Arbeitnehmer und damit der Zustrom in die Ballungsgebiete nicht behindert.

Ab 1. April 1975 wurde daher eine weitere Leitlinie des Aktionsprogramms der Bundesregierung verwirklicht: die Zulassung ausländischer Arbeitnehmer in überlasteten Siedlungsgebieten von der Aufnahmefähigkeit der sozialen Infrastruktur abhängig zu machen. Von dem genannten Zeitpunkt an ist es den ausländischen Arbeitnehmern verwehrt, außer im Rahmen des regionalen Ersatzbedarfs in die Städte und Landkreise zu ziehen, die ihnen als Sperrzonen mitgeteilt werden. Ein diesbezüglicher Sperrvermerk wird in die Aufenthaltserlaubnis und in die Arbeitserlaubnis eingetragen. Die überlasteten Siedlungsgebiete werden in der Regel einmal jährlich festgelegt und im Gemeinsamen Ministerialblatt veröffentlicht. Am 1. April 1976 galten 17 Städte und 12 Landkreise als überlastete Siedlungsgebiete. 10 dieser 29 Gebiete liegen in Baden-Württemberg, weitere 10 in Bayern. Aus den 4 norddeutschen Küstenländern ist nur Niedersachsen mit der Stadt Hannover vertreten.

Die Bemühungen der staatlichen Stellen um eine Reduzierung der Ausländerzahl wurden durch die Verminderung des inländischen Arbeitsplatzangebots unterstützt. Hatte die Zahl der Arbeitslosen 1973 noch im Mittel bei 273 000 gelegen, so stieg sie 1974 im Durchschnitt schon auf 582 000 an. 1975 waren sogar durchschnittlich 1 074 000 Personen arbeitslos. Zum ersten Mal seit 1967 war 1975 ein Rückgang der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik festzustellen, und zwar um 38 000 Personen¹.

D - 4755 Ausländer in Schleswig-Holstein seit 1967



1) Zur Herkunft der Ausländerzahlen siehe in dieser Zeitschrift 1974, S. 166 (August)

In Schleswig-Holstein ist zwar noch kein Rückgang der Ausländerzahlen zu verzeichnen, wohl aber eine merkliche Abnahme des jährlichen Zuwachses. Zwischen 1967, dem Zeitpunkt, in dem die Ausländerzählung in allen Bundesländern neu organisiert wurde, und 1975, in einem Zeitraum von 8 Jahren also, nahm die ausländische Bevölkerung in Schleswig-Holstein durchschnittlich um 13 % zu. Die nichtdeutsche Bevölkerung wuchs dabei zum Teil jährlich um 10 000 Personen. Steigerungsraten um 20 % traten nicht nur einmal auf. In den letzten beiden Jahren fiel die Zunahme jedoch erst auf 2 800 und von 1974 bis 1975 auf 1 300 Ausländer. Die Steigerungsrate reduzierte sich auf 2 %.

Die meisten Ausländer in der Bundesrepublik stammen aus europäischen Ländern: 3,7 Mill. oder 91 %. Was den Anteil betrifft, ist es in Schleswig-Holstein ähnlich. Hier wurden 88 % ermittelt. Am häufigsten in Bund und Schles-

Ausländer in Schleswig-Holstein und im Bundesgebiet am 30. 9. 1975

Ausgewählte Staatsangehörigkeit	Schleswig-Holstein		Bundesgebiet	
	in 1 000	%	in 1 000	%
Insgesamt	77,3	100	4 089,6^a	100
Europa	68,0	88,0	3 711,3	91,2
Dänemark	4,1	5,3	10,0	0,2
Italien	3,4	4,4	601,4	14,8
Großbritannien und Nordirland	2,1	2,7	55,5	1,4
Niederlande	1,5	1,9	110,5	2,7
Frankreich	0,8	1,1	60,4	1,5
Belgien	0,2	0,2	15,3	0,4
Irland	0,1	0,1	2,5	0,1
Luxemburg	0,0	0,0	4,2	0,1
EG-Staaten	12,2	15,8	859,8	21,1
Türkei	28,4	36,7	1 077,1	26,5
Jugoslawien	6,9	8,9	677,9	16,7
Spanien	4,7	6,1	247,4	6,1
Griechenland	3,8	4,9	390,5	9,6
Portugal	2,9	3,7	118,5	2,9
Ostblockstaaten ¹	2,8	3,6	108,1	2,7
Österreich	2,6	3,3	174,0	4,3
Afrika	1,9	2,5	70,9	1,7
Tunesien	0,8	1,0	17,5	0,4
Marokko	0,1	0,1	25,0	0,6
Amerika	2,9	3,7	104,0	2,6
Asien	2,5	3,2	121,3	3,0
Staatenlos	1,5	1,9	30,7	0,8

1) Albanien, Bulgarien, Polen, Rumänien, Sowjetunion, Tschechoslowakei und Ungarn

a) einschließlich 20 095 Personen, die nicht nach der Staatsangehörigkeit aufgeteilt werden konnten; die Verhältniszahlen beziehen sich auf 4 069 499 Ausländer

Quelle für Bundeszahlen: Wirtschaft und Statistik Heft 1/1976, S. 22

LANDESHAUSHALT 1976

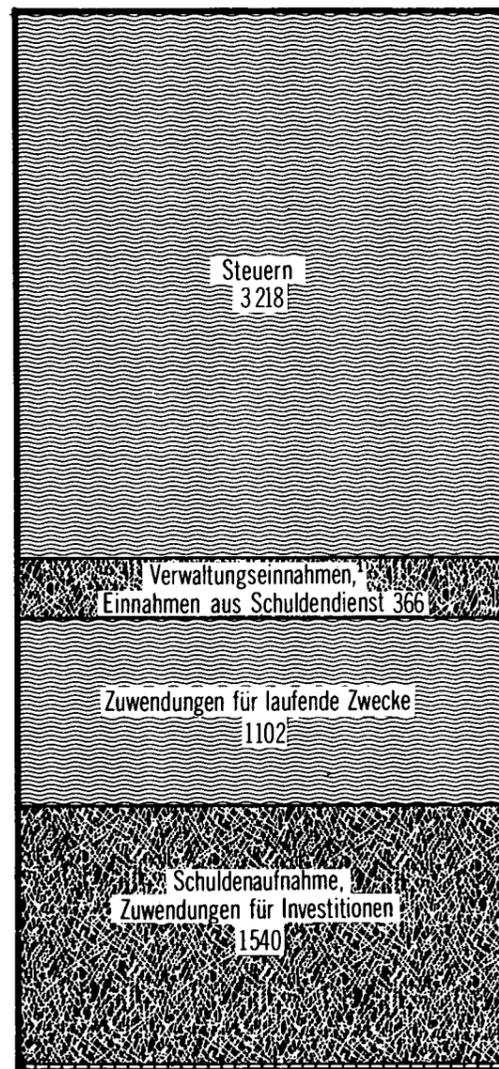
- Haushaltsansatz in Millionen DM -



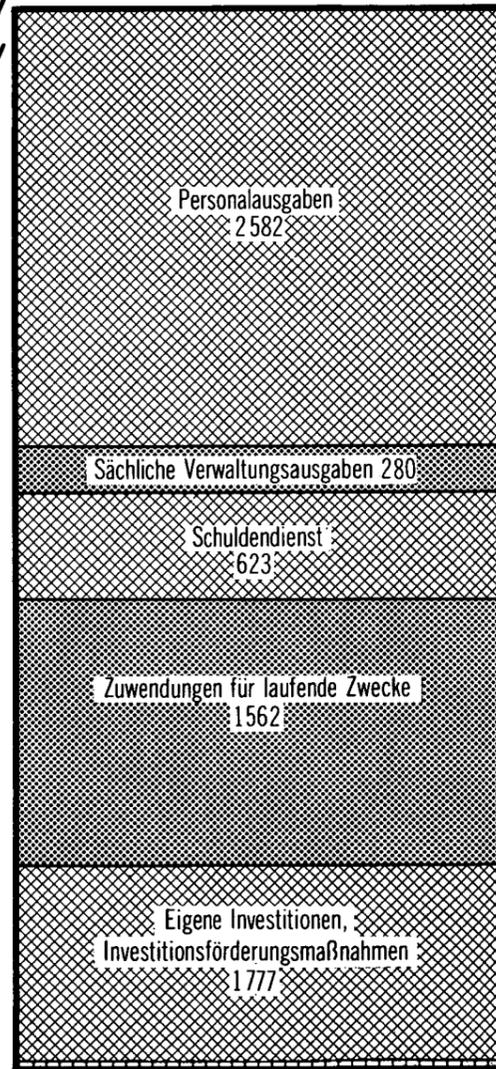
NACH AUFGABEN-
BEREICHEN

EINNAHMEN

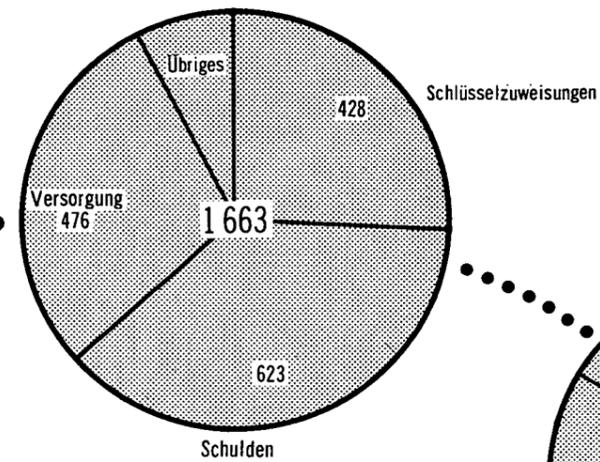
NACH
ARTEN



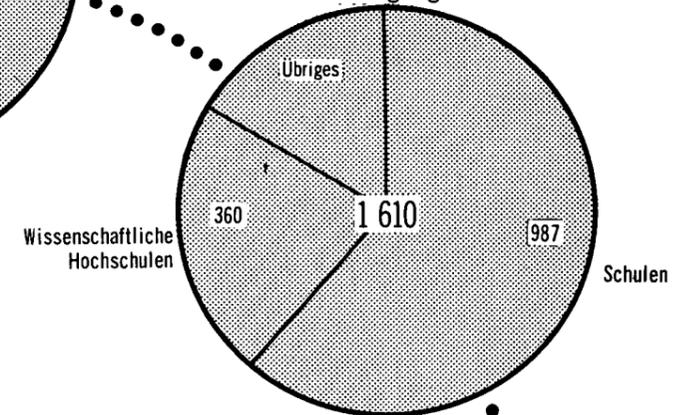
AUSGABEN



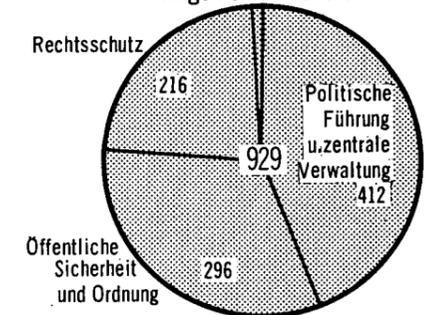
Allgemeine Finanzwirtschaft



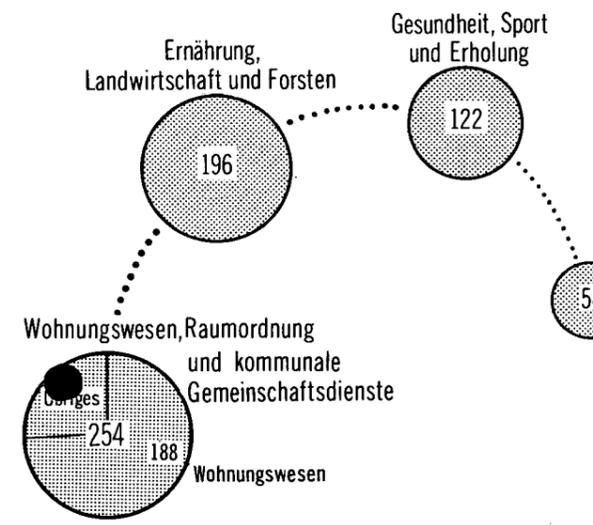
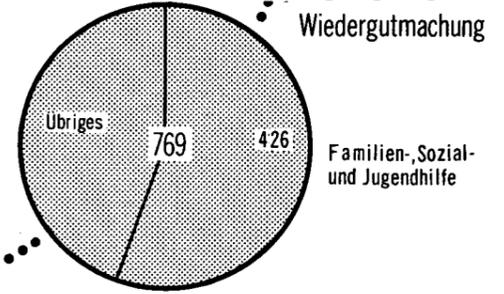
Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten



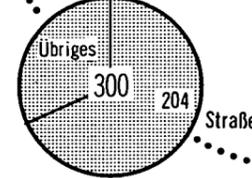
Allgemeine Dienste



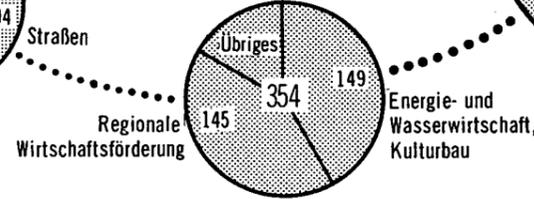
Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgebauten, Wiedergutmachung



Verkehrs- und Nachrichtenwesen



Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen



1) einschließlich steuerähnlicher Einnahmen

wig-Holstein sind dabei die Personen aus den sechs größeren Anwerbländern Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und der Türkei. Unter den hier wie dort an der Spitze stehenden sieben Staaten kommen diese sechs alle vor. Nur die Reihenfolge ist ein wenig anders. Jedesmal an erster und zweiter Stelle finden wir dabei die Türkei und Jugoslawien. Die Türken stellen im Bund mehr als ein Viertel, in Schleswig-Holstein mehr als ein Drittel aller Ausländer.

Eine andere Übereinstimmung zeigt sich in der regionalen Verteilung der Ausländer. Die höheren Ausländerdichten ergeben sich für die südlicheren Teile beider Gebiete. In Schleswig-Holstein schwankt der Anteil der Ausländer an der Bevölkerung eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt zwischen 9 je 1 000 Einwohner in Dithmarschen und 55 je 1 000 in Lübeck. In den drei Zentren der Ausländerhäufigkeit, Lübeck, Kiel und dem Kreis Pinneberg leben mit 37 000 Ausländern fast die Hälfte aller nichtdeutschen Einwohner unseres Bundeslandes. Unter der gesamten

Bevölkerung von zweieinhalb Millionen stellen die 77 300 Ausländer 3 % dar.

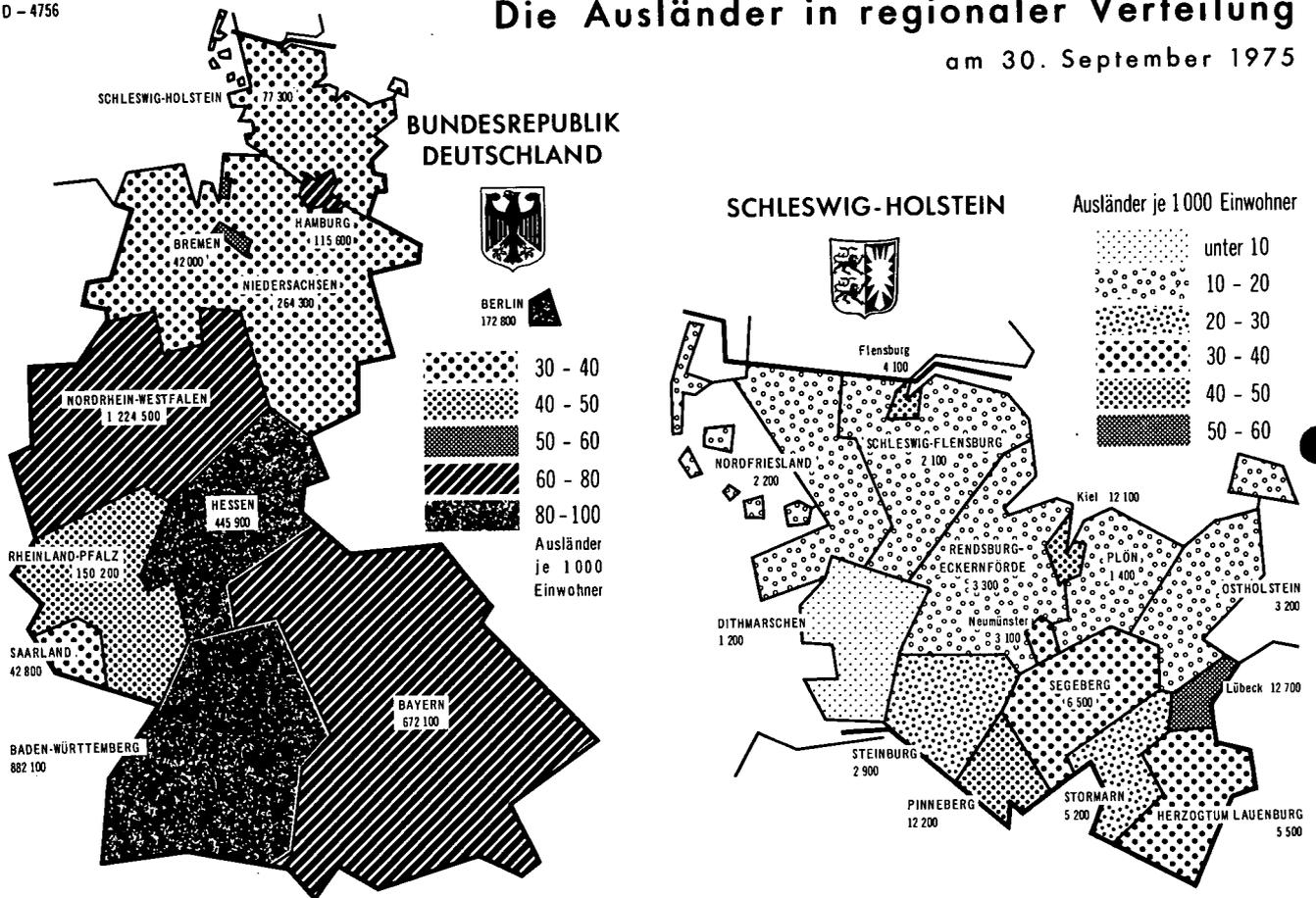
In Schleswig-Holstein besitzen also 30 von 1 000 Bürgern einen ausländischen Paß. Das ist, gemessen am Bundesdurchschnitt von 66 eine kleine Zahl. Verglichen mit den Ausländerdichten in Hessen, Berlin oder gar Baden-Württemberg mit 80, 86 und 96 Ausländern je 1 000 Einwohnern hebt sich der schleswig-holsteinische Wert noch mehr ab². Es gibt kein anderes Bundesland, Flächen- oder Stadtstaat, das eine geringere Ausländerdichte aufwiese.

Daß auch die Ausländer in Schleswig-Holstein sich vorwiegend der Arbeit oder Ausbildung wegen hier aufhalten, läßt sich außer am Auftreten bestimmter Herkunftsländer an der Geschlechts- und Altersverteilung ablesen. Daß die Anwerbeländer sehr stark vertreten sind, war bereits gesagt worden. Aus allen acht Anwerbeländern (Griechenland, Italien, Jugoslawien, Marokko, Portugal, Spanien, Tunesien, Türkei) zusammen stammten am

D - 4756

Die Ausländer in regionaler Verteilung

am 30. September 1975



²) vgl. Wirtschaft und Statistik Heft 1/1976, S. 21; den Dichtezahlen für die Bundesländer sind die Einwohner vom 30. 6. 1975 zugrunde gelegt

30.9.1975 50 900 Bürger, also 66 % aller Ausländer. Die Türken allein stellen davon 28 400 Personen, 37 % aller Ausländer des Landes.

Wegen ihrer rechtlichen Freizügigkeit bedeutsam ist die Gruppe der Ausländer, die aus den Staaten der Europäischen Gemeinschaft kommen. Einschließlich der 3 400 Italiener, die gleichzeitig einem Anwerbeland zugehören, besitzen 12 200 Einwohner, das heißt einer von sechs Ausländern, den Paß eines der acht

außerdeutschen EG-Staaten. Am stärksten vertreten sind die Dänen mit 4 100 Personen. Jeder dritte Ausländer aus der Europäischen Gemeinschaft ist damit Däne. Anwerbeländer und EG-Länder stellen mehr als drei Viertel aller Ausländer Schleswig-Holsteins.

Die folgende Tabelle zeigt, wie sich die Angehörigen aus den Anwerbeländern ohne Italien, aus der Europäischen Gemeinschaft und aus den übrigen Staaten auf die Kreise und kreisfreien Städte des Landes verteilen.

Ausländer in den Kreisen am 30. 9. 1975

KREISFREIE STADT Kreis	Ausländer insgesamt	EG		Anwerbeländer ¹		Übrige	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
FLensburg	4 122	1 287	31,2	2 226	54,0	609	14,8
KIEL	12 133	1 098	9,0	7 955	65,6	3 080	25,4
LÜBECK	12 729	1 285	10,1	8 343	65,5	3 101	24,4
NEUMÜNSTER	3 129	236	7,5	2 345	74,9	548	17,5
Dithmarschen	1 201	286	23,8	476	39,6	439	36,6
Hzgt. Lauenburg	4 981	541	10,9	3 484	69,9	956	19,2
Nordfriesland	2 245	1 000	44,5	479	21,3	766	34,1
Ostholstein	3 199	571	17,8	1 302	40,7	1 326	41,5
Pinneberg	12 196	1 409	11,6	8 518	69,8	2 269	18,6
Plön	1 409	306	21,7	567	40,2	536	38,0
Rendsburg-Eckernförde	3 264	722	22,1	1 444	44,2	1 098	33,6
Schleswig-Flensburg	2 063	1 106	53,6	434	21,0	523	25,4
Segeberg	6 525	1 001	15,3	4 114	63,0	1 410	21,6
Steinburg	2 884	564	19,6	1 828	63,4	492	17,1
Stormarn	5 195	815	15,7	3 131	60,3	1 249	24,0
Schleswig-Holstein	77 275	12 227	15,8	46 646	60,4	18 402	23,8

1) ohne das unter den EG-Staaten erfaßte Italien und ohne Tunesien und Marokko

Typisch für eine Bevölkerungsgruppe, die in ein fremdes Gebiet zieht, um eine Arbeit aufzunehmen, ist, daß in der Regel mehr Männer als Frauen darunter anzutreffen sind. Zum Teil liegt es daran, daß die Männer später erst, wenn sie Unterkunft und eine sichere Arbeitsstelle gefunden haben, Frauen und Kinder nachziehen. 44 000 oder 57 % aller Ausländer in Schleswig-Holstein sind männlichen Geschlechts, 33 300 oder 43 % Frauen und Mädchen. In einzelnen Regionen liegen die Verhältnisse auch anders. In 3 der 15 Kreise und kreisfreien Städte überwiegt bei den Ausländern sogar das weibliche Geschlecht: in Flensburg, Nordfriesland und Schleswig-Flensburg. Das sind auch gleich die Gebiete mit dem höchsten Anteil der dänischen Einwohnerschaft. Die Dänen wiederum besitzen von den Ausländern, die im Lande besonders stark vertreten sind, mit 64 % den höchsten Frauenanteil. Daß die Verteilung auf Männer und Frauen auch politische Gründe haben kann, zeigt das Beispiel Tunesien. Solange die Bundesanstalt für Arbeit noch Arbeitskräfte anwarb, bestand dort durch Regierungsbeschluß das Verbot, der Deutschen Auswahlgruppe - so

der Name der dortigen Auslandsdienststelle der Bundesanstalt - weibliche Arbeitskräfte vorzustellen. Nur verheiratete Frauen durften mit oder zu ihrem Ehemann zur Arbeitsaufnahme ausreisen. Von den 785 Tunesiern, die am 30. 9. 1975 in Schleswig-Holstein lebten, waren 139 weiblich. Davon waren 96 verheiratet, 2 verwitwet oder geschieden und 41 ledig. Andererseits waren 41 aber auch minderjährig.

Auch die Altersverteilung der Ausländer ist, wie gesagt, kennzeichnend für eine auf Erwerb gerichtete eingewanderte Bevölkerungsgruppe. 76 % der Ausländer befinden sich im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 65 Jahren und nur 3 % sind älter. Für die deutsche Bevölkerung ergeben sich wirtschaftlich gesehen sehr viel ungünstigere Werte: 62 und 15 %. Fast gleich sind die Anteile der Kinder unter 15 Jahren. Sie liegen bei etwas über einem Fünftel.

Was die Altersverteilung angeht, so hat sich in den letzten Jahren viel geändert. Das liegt im wesentlichen an den zunehmenden Ausländergeburten und dem Anwerbestopp. Wie sich die Altersverteilung der Ausländer von 1973 bis 1975 gewandelt hat, soll anhand der folgen-

den kleinen Übersicht und mit der anschließenden Grafik gezeigt werden:

	Ausländer im Alter von ... Jahren				zusammen
	0 - 6	6 - 15	15 - 65	65 u. mehr	
1973	8,0	7,5	82,0	2,5	100
1974	9,4	9,3	78,9	2,5	100
1975	11,0	10,6	75,9	2,6	100

Seit 1973 ist die Zahl der noch nicht schulpflichtigen ausländischen Kinder um 44 % von 5 900 auf 8 500 gestiegen, die der 6 bis 14jährigen um 49 % von 5 500 auf 8 200. Im gleichen Zeitraum ging die im erwerbsfähigen Alter stehende ausländische Bevölkerung von 60 000 auf 58 600 zurück, während die im Rentenalter stehenden Ausländer nur gering an Zahl zunahm: von 1 800 auf 2 000.

Von 1973 bis 1975 wurden 5 500 ausländische Kinder lebend geboren. Ihr Anteil an allen Lebendgeborenen ist mittlerweile auf 8 % gestiegen. Die Zahlen der letzten drei Jahre lauten:

1973 = 1 735
 1974 = 1 886
 1975 = 1 902 Kinder.

Die meisten lebendgeborenen Ausländerkinder hatten türkische Eltern oder, soweit es sich um nichtehelich Geborene handelt, eine türkische Mutter. 1973 und 1974 (für 1975 liegen Zahlen in dieser Aufschlüsselung noch nicht vor) waren mehr als die Hälfte aller ausländischen Geborenen Türken. Das ist weit mehr, als dem Anteil aller Türken an der Ausländerbevölkerung entspricht. An zweiter Stelle in der Geburtentabelle folgen die Jugoslawen vor den Griechen und Spaniern. So war es auch ungefähr nach der Rangfolge in der Gesamtbevölkerung zu erwarten.

Eine wichtige Frage für die Einschulung der Ausländer ist die nach der Zahl der noch nicht 6jährigen und nach ihrer Verteilung auf die Staatsangehörigkeiten. Am 30. September 1975 entfielen 86 % aller ausländischen Kinder unter 6 Jahren auf 8 Staaten:

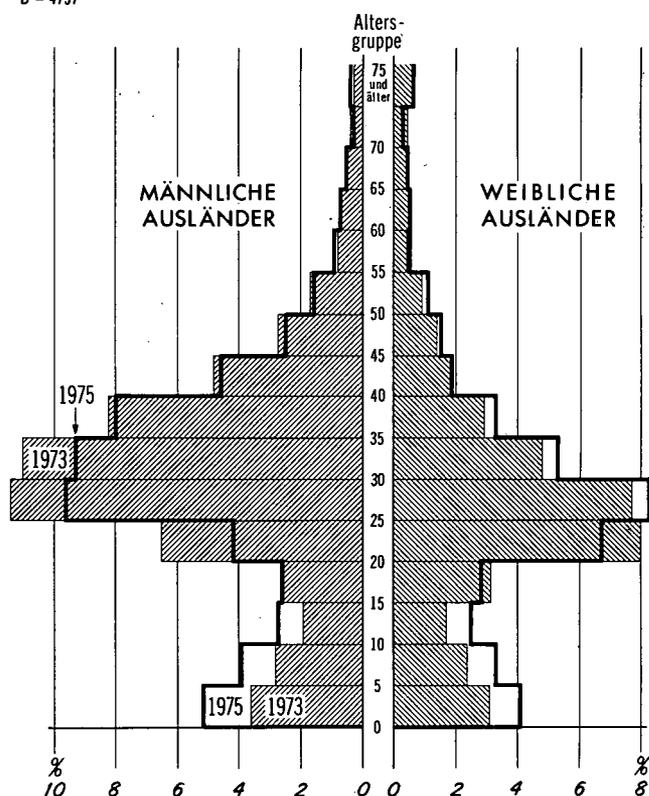
Kinder unter 6 Jahre insgesamt	= 8 473
darunter Türken	= 4 576
Jugoslawen	= 760
Griechen	= 469
Spanier	= 421
Italiener	= 371
Portugiesen	= 255
Österreicher	= 226
Dänen	= 210

Die Türken allein stellten 54 %.

Ausländer in Schleswig-Holstein nach der Altersgruppe

30. 9. 1973 und 30. 9. 1975

D - 4757



Wie sich die zunehmenden Geburtenzahlen und das Ausbleiben junger Ausländer aus den Anwerbeländern auf den Altersaufbau der Ausländer in der Zeit von 1973 bis 1975 ausgewirkt haben, zeigt sich am besten am Altersbaum. Deutlich ist, daß der Fuß dieses Altersbaums sich bis hinauf zum Alter von 10 bis 15 Jahren verbreitert hat und daß der rückläufige Anteil der Ausländer im erwerbsfähigen Alter nur die Männer betrifft. Tatsächlich ist nicht nur der Anteil der 15- bis 65jährigen männlichen Ausländer zurückgegangen, auch ihre Zahl ist seit 1973 um 2 800 gesunken, das sind 8 %. Die Ausländerinnen gleichen Alters konnten ihre Zahl nochmals erhöhen, und zwar um 1 500 Personen, also um 6 %. Die Abnahme der männlichen Ausländer im erwerbsfähigen Alter hängt - wenigstens mittelbar - mit dem Anwerbestopp zusammen; denn es sind vor allem die Männer aus den Anwerbeländern, deren Zahl zurückgegangen ist. Die Zahl der Ausländerinnen aus den Anwerbeländern ist dagegen um 700 gestiegen. Das Fehlen von 942 Jugoslawinnen, Griechinnen und Spanierinnen wird von der gegenläufigen Entwicklung bei den Türkinnen überdeckt. Deren Zahl stieg seit 1973 um 1 500, das sind 23 %.

Der Anwerbestopp schlägt sich auch deutlich nieder in der Aufenthaltsdauer der Ausländer

in der Bundesrepublik. Die Aufenthaltsdauer ergibt sich ohne Berücksichtigung von Aufenthaltsunterbrechungen als Differenz zwischen Auszählungstichtag und Datum der ersten Einreise in das Bundesgebiet. Zahlen über die Aufenthaltsdauer in den einzelnen Bundesländern werden zur Zeit noch nicht aufbereitet, wohl aber stehen die Zahlen der Ausländer Schleswig-Holsteins, gegliedert nach Gruppen der Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet, zur Verfügung. Am einleuchtendsten unter diesen ist die geringere Zahl an Ausländern, die sich weniger als zwei Jahre in der Bundesrepublik aufhalten. Ihr Anteil an allen Ausländern Schleswig-Holsteins fiel von 1973 bis 1975 von 32 auf 20 %. Am stärksten ist der Rückgang naturgemäß bei den Personen aus den Anwerbeländern.

Ohne Berücksichtigung Italiens, das als EG-Partner Freizügigkeit genießt, sank der Anteil der weniger als 2 Jahre in Deutschland lebenden Angehörigen der sieben Anwerbeländer von 36 auf 21 %, also um 15 Punkte. Die stärksten Abnahmen sind für Spanien mit 25 Punkten und für Portugal mit 19 Punkten festzustellen. Marokko weist einen Rückgang um 34 Punkte auf, jedoch leben nur 113 Marokkaner im Lande, so daß dieses Ergebnis nicht voll bewertet werden sollte. Aus der Europäischen Gemeinschaft stammen auch nicht mehr so viele Ausländer mit einer höchstens 2jährigen Aufenthaltsdauer. Ihr Anteil sank um 7 Punkte. Diese Entwicklung bei den Ausländern aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft weist auf das zweite Regulativ für die gedrosselte Zunahme der Ausländerzahlen hin: die ungünstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Weniger Ausländer mit einer kurzen Aufenthaltsdauer bedeuten eine Verlängerung der durchschnittlichen Aufenthaltsdauer. Da die Tabellen an Anfang und Ende offene Gruppen aufweisen, läßt sich das gebräuchliche arithmetische Mittel nicht anwenden, wohl aber der Zentralwert. Dieser ohnehin wohl verständlichste Mittelwert zielt in unserem Falle auf den Ausländer, der genausoviel Ausländer mit einer geringeren wie mit einer längeren Aufenthaltsdauer neben sich hat. Die Jahre, die dieser Ausländer im Bundesgebiet gewohnt hat, stellen den Zentralwert dar. 1973 lag er für alle Ausländer Schleswig-Holsteins bei 3,2 Jahren, heute bei 4,5 Jahren, somit 1,3 Jahre höher.

Zuzüge und Fortzüge, Geburten und Sterbefälle beeinflussen die Entwicklung der Ausländerzahlen am stärksten. Nicht vergessen werden darf aber eine Veränderungskomponente, die die Ausländergruppe seit 1967 um immerhin 2 100 geschmälert hat: die Einbürgerung.

In den letzten acht Jahren sind durchschnittlich 264 Ausländer eingebürgert worden, die meisten davon erwartungsgemäß europäischer Abstammung. Ein Drittel der Eingebürgerten kommt aus den Ostblockstaaten, und zwar vor allem aus Polen und Ungarn. An zweiter Stelle stehen die Staatenlosen, die wohl auch überwiegend aus dem Osten stammen und durch die Kriegs- und Nachkriegswirren hierher verschlagen wurden. Als dritte folgen die Österreicher. Jährlich werden durchschnittlich 25 Österreicher mit einem deutschen Paß versehen.

Gustav Thissen

Nähere Angaben siehe Stat. Bericht A 1 4

Ausländische Schüler

Im Schuljahr 1975/76 besuchten 6 663 ausländische Schüler die allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein. Diese Zahl allein mag nicht allzu hoch erscheinen, zumal damit auch nur ein Anteil von 1,5 % an der Gesamtzahl aller Schüler in den allgemeinbildenden Schulen des Landes erreicht wird. Dennoch fordern jährliche Zuwachsraten von 15 - 30 % zu einer eingehenderen Betrachtung heraus.

In dieser Betrachtung soll die zahlenmäßige Entwicklung der ausländischen Schüler seit dem Schuljahr 1970/71 dargestellt werden. Damals betrug der Anteil der Ausländer an allen Schülern 0,7 %.

Schuljahr	Ausländische Schüler in allgemeinbildenden Schulen	Zunahme gegenüber dem Vorjahr		Anteil an allen Schülern in %
		Anzahl	%	
1970/71	2 333	.	.	0,7
1971/72	3 026	693	29,7	0,8
1972/73	3 987	961	31,8	1,0
1973/74	4 852	865	21,7	1,2
1974/75	5 777	925	19,1	1,4
1975/76	6 663	886	15,3	1,5

Regionalisiert man diese Angaben, so bemerkt man unterschiedliche Anteile in den kreisfreien

Städten und Kreisen des Landes. Fast die Hälfte (44,8 %) aller ausländischen Schüler besucht im Schuljahr 1975/76 die Schulen in den Städten Kiel und Lübeck sowie im Kreis Pinneberg. Dieser Anteil deckt sich nahezu vollständig mit dem Anteil dieser Kreise an allen Ausländern des Landes (48 %). Den höchsten Anteil ausländischer Schüler im Lande hat die Stadt Lübeck, denn jeder 6. ausländische Schüler in Schleswig-Holstein besucht hier die Schule. In Lübeck ist auch der Anteil der ausländischen an allen Schülern am größten (3,3 %) und damit mehr als doppelt so hoch wie im Landesdurchschnitt. Fünf weitere Städte und Kreise liegen mit ihren Anteilen ebenfalls noch über dem Landesdurchschnitt, drei Kreise erreichen ihn, und sechs Kreise liegen weit darunter. Den geringsten Anteil ausländischer Schüler an allen Schülern verzeichnet mit nur 0,4 % der Kreis Plön. Gegenüber dem Schuljahr 1970/71 haben sich keine entscheidenden Verschiebungen ergeben. Schon damals vereinigten die Städte Kiel und Lübeck sowie der Kreis Pinneberg mehr als 40 % aller ausländischen Schüler auf sich, schon damals war der Ausländeranteil in Lübeck (zusammen mit Pinneberg) mit 1,3 % am höchsten und in Plön (gemeinsam mit den Kreisen Dithmarschen und Rendsburg-Eckernförde) mit 0,2 % am geringsten.

Ausländische Schüler in den Kreisen

KREISFREIE STADT Kreis	1970/71		1975/76		Anteil an der Gesamtschülerzahl %	Anteil an der Gesamtschülerzahl %
	Anzahl	%	Anzahl	%		
FLENSBURG	183	7,8	1,2	462	6,9	2,5
KIEL	182	7,8	0,5	863	13,0	2,2
LÜBECK	392	16,8	1,3	1 165	17,5	3,3
NEUMÜNSTER	92	3,9	0,7	296	4,4	1,9
Dithmarschen	36	1,5	0,2	116	1,7	0,5
Hzgt. Lauenburg	208	8,9	1,0	583	8,8	2,4
Nordfriesland	123	5,3	0,5	173	2,6	0,6
Ostholstein	72	3,1	0,3	208	3,1	0,7
Pinneberg	425	18,2	1,3	960	14,4	2,3
Plön	37	1,6	0,2	83	1,3	0,4
Rendsburg-Eckernförde	79	3,4	0,2	251	3,8	0,6
Schleswig-Flensburg	97	4,2	0,4	173	2,6	0,6
Segeberg	172	7,4	0,7	580	8,7	1,6
Steinburg	103	4,4	0,5	333	5,0	1,5
Stormarn	132	5,7	0,6	417	6,3	1,5
Schleswig-Holstein	2 333	100	0,7	6 663	100	1,5

In welchen Schularten nun werden die ausländischen Schüler beschult? Haben sich seit 1970/71 die Anteile der Schularten verschoben? Das Material läßt nur unwesentliche Verschiebungen erkennen. Wenn überhaupt eine Aussage gemacht werden kann, dann die, daß der Anteil der ausländischen Schüler in

vorschulischen Einrichtungen - Vorklassen und Schulkindergärten - gestiegen ist und in Gymnasien rückläufig war. Die erste Feststellung hängt vermutlich damit zusammen, daß bereits in der Bundesrepublik geborene Kinder in verstärktem Maße in das Vorschulalter hineingewachsen sind. Ob sich jedoch aus dem rückläufigen Anteil ausländischer Schüler in Gymnasien ein verändertes Übergangsverhalten auf weiterführende Schulen ableiten läßt, ist fraglich. Statistiken, die das Übergangsverhalten aufzeigen würden, gibt es bisher nicht.

Schulart	Ausländische Schüler im Schuljahr			
	1970/71		1975/76	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Vorschulische Einrichtung	12	0,5	272	4,1
Grund- und Hauptschule	1 744	74,8	4 961	74,5
Sonderschule	76	3,3	210	3,2
Realschule	171	7,3	497	7,5
Gymnasium	323	13,8	686	10,3
Integrierte Gesamtschule	4	0,2	29	0,4
Abendschule, Kolleg	3	0,1	8	0,1
Allgemeinbildende Schulen insgesamt	2 333	100	6 663	100

Seit dem Schuljahr 1970/71 hat sich der Anteil der Ausländer an allen Schülern auf 1,5 % verdoppelt. Diese Entwicklung verläuft nahezu einheitlich in den einzelnen Schularten. Ausnahmen machen lediglich die vorschulischen Einrichtungen, in denen der Ausländeranteil überdurchschnittlich zugenommen hat, und die integrierten Gesamtschulen, in denen der Anteil konstant geblieben ist.

Schulart	Zahl der Schüler im Schuljahr			
	1970/71		1975/76	
	Schüler insgesamt	darunter Ausländer in %	Schüler insgesamt	darunter Ausländer in %
Vorschulische Einrichtung	1 626	0,7	8 582	3,2
Grund- und Hauptschule	237 429	0,7	255 134	1,9
Sonderschule	16 067	0,5	20 981	1,0
Realschule	51 383	0,3	77 882	0,6
Gymnasium	51 016	0,6	73 640	0,9
Integrierte Gesamtschule	472	0,9	2 846	1,0
Abendschule, Kolleg	833	0,4	1 191	0,7
Allgemeinbildende Schulen insgesamt	358 826	0,7	440 256	1,5

Im Schuljahr 1975/76 kamen die ausländischen Schüler - gemessen an der Staatsangehörigkeit - aus 73 Staaten in aller Welt. Erwartungsgemäß ist die Zahl der Kinder mit einer

Staatsangehörigkeit nach Erdteilen	Ausländische Schüler im Schuljahr			
	1970/71		1975/76	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Europa	1 985	85,1	6 008	90,2
Afrika	30	1,3	79	1,2
Asien	99	4,2	189	2,8
Amerika	177	7,6	307	4,6
Australien und Ozeanien	10	0,4	26	0,4
Staatenlos und ungeklärt	32	1,4	54	0,8
Insgesamt	2 333	100	6 663	100

europäischen Staatsangehörigkeit am größten, sie zeigt gegenüber 1970/71 sogar noch steigende Tendenz. Erstaunlich war jedoch der mit 7,6 % im Schuljahr 1970/71 verhältnismäßig hohe Anteil der Schüler mit amerikanischer Staatsangehörigkeit, der sich jedoch bis 1975/76 mit 4,6 % rückläufig entwickelt hat. Auch die Anteile der anderen Erdteile weisen rückläufige Raten auf.

Interessanter als die globale Aussage über die Gliederung nach Erdteilen ist ohne Zweifel die Frage nach Schwerpunkten bei der Staats-

Ausländische Schüler nach der Staatsangehörigkeit

Staatsangehörigkeit	Schüler im Schuljahr		Staatsangehörigkeit	Schüler im Schuljahr	
	1970/71	1975/76		1970/71	1975/76
Belgien	6	9	Afghanistan	2	4
Bulgarien	1	3	China	3	13
Dänemark	252	400	Indien	8	18
Finnland	15	27	Indonesien	5	4
Frankreich	23	35	Irak	1	9
Griechenland	169	422	Iran	49	62
Großbritannien und Nordirland	107	209	Israel	3	5
Irland	-	2	Japan	7	23
Island	12	14	Jordanien	1	12
Italien	134	331	Korea, Süd	3	6
Jugoslawien	111	329	Libanon	7	3
Luxemburg	2	1	Pakistan	2	4
Niederlande	55	134	Philippinen	4	-
Norwegen	20	37	Sri Lanka	1	1
Österreich	34	148	Syrien	3	7
Polen	13	23	Thailand	-	3
Portugal	56	245	Vietnam, Süd	-	3
Rumänien	-	3	Zypern	-	12
San Marino	-	1	Asien zusammen	99	189
Schweden	36	67	Argentinien	23	14
Schweiz	20	45	Bolivien	1	-
Sowjetunion	1	6	Brasilien	16	22
Spanien	324	518	Chile	8	11
Tschechoslowakei	11	21	Costa Rica	2	3
Türkei	576	2 958	Ecuador	-	6
Ungarn	7	20	Guatemala	-	4
Europa zusammen	1 985	6 008	Guayana	-	1
Ägypten	6	22	Haiti	-	1
Algerien	7	14	Honduras	-	1
Ghana	-	3	Kanada	17	37
Kenia	-	1	Kolumbien	2	5
Liberia	-	1	Mexiko	8	6
Libyen	2	-	Nicaragua	-	4
Marokko	2	2	Paraguay	1	-
Mosambik	-	1	Peru	2	5
Sudan	2	6	Trinidad und Tobago	1	1
Südafrika	6	11	Uruguay	-	2
Tansania	1	-	Venezuela	4	19
Togo	-	5	Vereinigte Staaten	92	165
Tunesien	2	13	Amerika zusammen	177	307
Afrika ohne Angabe	2	-	Australien und Ozeanien	10	26
Afrika zusammen	30	79	Staatenlos	32	50
			Ungeklärt	-	4
			Ausländische Schüler insgesamt	2 333	6 663

angehörigkeit. Solche sind allerdings unübersehbar. Im Schuljahr 1970/71 kamen 6 von 10 ausländischen Schülern aus den traditionellen Gastarbeiterländern

Türkei	576 Schüler
Spanien	324 "
Griechenland	169 "
Italien	134 "
Jugoslawien	111 "
Portugal	56 "

das heißt, jeder vierte ausländische Schüler hatte die türkische Staatsangehörigkeit. Im Schuljahr 1975/76 ist die Gruppe der Kinder aus Gastarbeiterfamilien noch größer geworden. Nunmehr kommen schon 7 von 10 ausländischen Schülern aus diesen Ländern, nahezu jeder zweite (44,4 %) ausländische Schüler besitzt die türkische Staatsangehörigkeit:

Türkei	2 958 Schüler
Spanien	518 "
Griechenland	422 "
Italien	331 "
Jugoslawien	329 "
Portugal	245 "

Ein ähnlich hohes Ausländerkontingent kommt nur noch aus dem Nachbarland Dänemark mit 252 Schülern im Schuljahr 1970/71 und 400 Schülern im Schuljahr 1975/76, von denen rund 300 in Schulen der dänischen Minderheit unterrichtet werden.

Die Frage, ob alle ausländischen Kinder - auch für sie besteht ja die allgemeine Schulpflicht - überhaupt die Schule besuchen, muß verneint werden. Während nämlich nach dem beim Bundesverwaltungsamt geführten Ausländerzentralregister zu Beginn des Schuljahres 1975/76 für Schleswig-Holstein rund 8 900 ausländische Kinder im Alter von 6 bis unter 16 Jahren ermittelt wurden, meldeten die Schulen im Rahmen der jährlich stattfindenden Schulstatistik lediglich rund 6 000 Schüler der Geburtsjahre 1961 - 1969 mit ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Lücke zwischen erwartetem und tatsächlichem Bestand läßt sich statistisch nicht begründen. Sie läßt sich auch nicht schließen durch die 150 vor der Einschulung zurückgestellten Kinder und durch Kinder in amerikanischen Schulen, die statistisch nicht erfaßt wurden. Es bleibt dabei, daß

immer noch viele ausländische Kinder hier nicht zur Schule gehen. Dabei sind jedoch die Schwierigkeiten nicht zu übersehen, die dem Schulbesuch zum Beispiel eines älteren, nicht deutsch sprechenden Kindes entgegenstehen, das in seiner Heimat die Schule durchlaufen hatte und nach dem Recht der Bundesrepublik wieder schulpflichtig geworden ist.

Um der besonderen Situation der ausländischen Schüler gerecht zu werden, hat man schon vor Jahren Ausländereingangsklassen eingerichtet. Im Schuljahr 1975/76 gab es solche an 10 Schulen des Landes. In 17 Klassen wurden 398 Schüler aller Geburtsjahre betreut. Sie werden später vor allem unter Berücksichtigung ihrer Deutschkenntnisse den normalen Jahrgangsklassen zugeführt; diesem Auswahlkriterium untergeordnet werden das Alter des Kindes und die im Ausland erreichte Jahrgangsstufe.

Aussagen über die Fragen des Schulerfolgs und des Schulabschlusses der ausländischen Schüler lassen sich nur bedingt machen, da geeignetes statistisches Material erst für das Schuljahr 1974/75 vorliegt. Nach ersten vorläufigen Ermittlungen verließen danach am Ende des Schuljahres 1974/75 111 Schüler mit ausländischer Staatsangehörigkeit die Schule mit einem Abschlußzeugnis. Nachstehende Übersicht zeigt den erreichten Abschluß auf.

Ende des Schuljahres	Ausgestellte Abschlußzeugnisse für			
	Sonderschule	Hauptschule	Realschule	Gymnasium
1971/72	.	.	8	18
1972/73	.	.	19	22
1973/74	.	.	18	31
1974/75	3	63	21	24

Die Zahl der ausländischen Schulabgänger erreicht in keinem Jahr und in keiner Schulart einen Anteil von 1 % aller Schulabgänger. Die Anteile werden sich jedoch in den nächsten Jahren mit Sicherheit wesentlich erhöhen. Das läßt sich daran ablesen, daß der Anteil der Ausländerkinder an allen Schülern im Sekundarbereich II heute erst 0,9 % beträgt, im Sekundarbereich I bereits 1,1 %, im Primar- und Elementarbereich zusammen jedoch schon 2 %.

Jürgen-Günter Laube

ERLÄUTERUNGEN: Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen. Der Ausdruck "Kreise" steht vereinfachend für "Kreise und kreisfreie Städte". Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde. Bei Größenklassen bedeutet z. B. "1-5": "1 bis unter 5". Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit. p = vorläufige, r = berichtigte, s = geschätzte Zahl, D = Durchschnitt. Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- = Zahlenwert genau Null
- 0 = Zahlenwert größer als Null, aber kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt, nicht eingesetzt oder sinnlos
- ... = Zahlenwert noch nicht bekannt

Kurzberichte

Situation im Schulsport

Im Schuljahr 1973/74 wurde in den Bundesländern eine statistische Erhebung über den Schulsport mit einem bundeseinheitlichen Auswertungsprogramm durchgeführt. Diese Erhebung lieferte in Schleswig-Holstein Aussagen über die Situation im Schulsport für 466 700 Schüler in öffentlichen Schulen, und zwar für 394 000 Schüler in allgemeinbildenden Schulen

und für 72 700 Schüler in beruflichen Schulen. Im Bereich der allgemeinbildenden Schulen wurden nahezu alle (99 %) Schüler in Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen, Gymnasien, integrierten Gesamtschulen sowie in Sonderschulen für Lernbehinderte erfaßt. Die Erhebung im Bereich der beruflichen Schulen beschränkte sich auf Berufsschulen, Berufsfachschulen und Fachgymnasien. Sportunterricht ist nicht in allen beruflichen Schularten laut Stundentafel vorgesehen.

Schüler nach Teilnahme am verbindlichen Sportunterricht

Schüler	Schüler in allgemeinbildenden Schulen					
	insgesamt		männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
ohne Sportunterricht ¹	10 348	2,6	5 064	2,5	5 284	2,8
mit 1 Sportstunde	40 578	10,3	20 745	10,2	19 833	10,4
mit 2 Sportstunden	270 382	68,6	138 920	68,5	131 462	68,7
mit 3 Sportstunden	67 867	17,2	35 503	17,5	32 364	16,9
mit 4 und mehr Sportstunden	2 891	0,7	1 587	0,8	1 304	0,7
länger als 8 Wochen befreit	1 973	0,5	975	0,5	998	0,5
insgesamt	394 039	100	202 794	100	191 245	100

1) ohne Befreite

Die Auswertung der statistischen Daten hat ergeben, daß knapp sieben Zehntel (69 %) aller Schüler in allgemeinbildenden Schulen zwei Sportstunden in der Woche hatten. Während 3 % der Schüler keinen Sportunterricht erhielten, trieben 18 % der Schüler wöchentlich 3 und mehr Stunden Schulsport. Dabei gab es kaum Unterschiede zwischen Jungen und Mädchen. Aus der Gesamtzahl der Stunden errechnen sich für die Schüler der allgemeinbildenden Schulen im Durchschnitt 2,0 Sportstunden je Woche. Eine Aufteilung nach Schularten zeigt, daß dieser Durchschnittswert von Schulart zu Schulart leicht variiert. Er liegt zwischen 1,9 und 2,3 Wochenstunden je Schüler:

stiger sehen die Angaben für die ersten drei Schuljahrgänge aus. Das hängt jedoch damit zusammen, daß die jüngeren Schüler insgesamt weniger Unterrichtsstunden haben und daß einige Schulen, vor allem Sonderschulen, den Sportunterricht als Teil des Gesamtunterrichts angesehen hatten. Sie haben ihn somit nicht gesondert als Sportunterricht ausgewiesen.

Schüler nach Teilnahme am verbindlichen Sportunterricht

Schulart	Wöchentlich erteilte Sportstunden je Schüler im Durchschnitt	Schuljahrgang	Schüler in allgemeinbildenden Schulen					vom Sportunterricht voll befreit ¹
			ohne Sportunterricht	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4 u. mehr	
			Sportstunde(n)					
Sonderschule für Lernbehinderte	1,9	1	6,9	29,4	62,5	1,0	—	0,2
Grundschule	1,9	2	4,2	19,3	75,2	1,1	0,0	0,2
Integrierte Gesamtschule	2,0	3	1,5	9,7	63,0	25,3	0,2	0,3
Hauptschule	2,1	4	1,0	5,4	65,2	27,0	1,0	0,3
Realschule	2,1	5	1,4	6,0	60,2	30,3	1,6	0,5
Gymnasium	2,3	6	1,5	5,5	65,3	25,6	1,6	0,5
		7	1,6	5,3	75,8	16,2	0,5	0,6
		8	2,3	5,0	75,4	15,8	0,8	0,7
		9	2,3	5,4	75,6	14,2	1,3	1,0
		10	2,6	4,2	75,2	16,0	0,7	1,4
		11 - 13	1,8	0,5	76,7	18,8	0,5	1,7

1) länger als 8 Wochen

Wie die vorstehenden Unterschiede zustande gekommen sind, wird deutlich, wenn der Sportunterricht für die einzelnen Schuljahrgänge ausgewiesen wird. In den Schuljahrgängen 4 bis 13 hatten jeweils über 90 % der Schüler wöchentlich mindestens 2 Sportstunden. Ungün-

Erwähnenswert ist ferner, daß der Anteil der Schüler, die länger als 8 Wochen vom Schulsport voll befreit sind, von Schuljahrgang zu Schuljahrgang langsam ansteigt, und zwar von 0,2 bis 1,7 % aller Schüler.

Im Bereich der beruflichen Schulen wird nur wenig Sportunterricht erteilt. Von den Schülern der Berufsschulen, die ohnehin größtenteils nur einen Gesamtunterricht von 8 Wochenstunden haben, mußten 94 % auf Schulsport verzichten. Von den Berufsfachschülern hatte über die Hälfte keinen Sportunterricht. Etwas anders sieht es bei den Schülern der Fachgymnasien aus. Von den Schülern der 11. und 12. Klassen zusammen - für den 13. Jahrgang der Fachgymnasien ist Sportunterricht nach der Stundentafel ohnehin nicht vorgesehen - erhielten zwei Drittel Sportunterricht. Der größte Teil von ihnen hatte 2 Sportstunden in der Woche.

An einem differenzierten Sportunterricht - verbindlich oder freiwillig - nahmen ungefähr 10 bis 15 % der Schüler in allgemeinbildenden Schulen teil. Ein Schüler kann dabei mehrere Sportarten betreiben. Die Sportart mit der höchsten Teilnehmerzahl war Schwimmen. Knapp 5 % der Schüler waren daran beteiligt. Bei den Jungen folgte dann Handball, Fußball und Volleyball, bei den Mädchen Gymnastik und Geräteturnen. Im Bereich der beruflichen Schulen gab es kaum differenzierten Sportunterricht. Erwähnenswert ist hierbei lediglich die Beteiligung am Gymnastikunterricht.

Bei der Befragung der Schüler des 9. Schuljahrgangs nach ihrer Schwimmfähigkeit ergab sich, daß 86 % aller Schüler Freischwimmer sind, daß heißt mindestens 15 Minuten schwimmen können. Dieser Anteil ist bei den einzelnen Schularten unterschiedlich. Von den Sonderschülern für Lernbehinderte konnten 68 %, von den Hauptschülern 82 %, von den Realschülern 90 % und von den Gymnasiasten

96 % mindestens 15 Minuten schwimmen. Zwischen Jungen und Mädchen gab es wiederum kaum Unterschiede.

In den allgemeinbildenden Schulen erteilten im Schuljahr 1973/74 insgesamt 5 975 Lehrer Sportunterricht, darunter waren 2 550 (43 %) Männer und 3 425 (57 %) Frauen. Im Durchschnitt kamen 66 Schüler auf einen Sportlehrer. Dieser Durchschnittswert überdeckt die Unterschiede für die einzelnen Schularten:

Schulart	Schüler je Sportlehrer
Sonderschule für Lernbehinderte	30
Grundschule	57
Hauptschule	64
Grund- und Hauptschule ¹	65
Integrierte Gesamtschule	83
Realschule	87
Gymnasium	93

1) Grund- und Hauptschulen, die organisatorisch nicht getrennt sind

Die Ausbildung der Lehrkräfte, die Sportunterricht erteilen, war unterschiedlich. 43 % waren Lehrer mit Lehramt und mit Lehrbefähigung für Sport, und 41 % waren Lehrer mit Lehramt, aber ohne Fachausbildung für Sport. Hinzu kamen 7 % Fachlehrer mit der entsprechenden Sportausbildung. Mit diesen drei Ausbildungskategorien sind bereits über 90 % aller Lehrkräfte, die Sportunterricht an einer allgemeinbildenden Schule erteilten, beschrieben.

Die Struktur der 121 Lehrer, die im Bereich der beruflichen Schulen erfaßt werden konnten und Sportunterricht gaben, sah etwas anders aus. Neben 68 Lehrern mit Lehramt (38 mit Lehrbefähigung für Sport und 30 ohne Lehrbefähigung für Sport) und 11 Fachlehrern für Sport waren 27 Gymnastiklehrerinnen eingesetzt.

Lehrer an allgemeinbildenden Schulen, die im Schuljahr 1973/74 Sportunterricht erteilten

Ausbildungsstufe	Lehrer mit Sportunterricht					
	insgesamt		männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Lehrer mit Lehrbefähigung für Sport	2 581	43,2	1 409	55,3	1 172	34,2
Fachlehrer für Sport	439	7,3	191	7,5	248	7,2
Gymnastiklehrer	212	3,5	1	0,0	211	6,2
Diplomsportlehrer	22	0,4	13	0,5	9	0,3
Für eine freiberufliche Tätigkeit ausgebildete Turn- und Sportlehrer	113	1,9	54	2,1	59	1,7
Lehrer ohne Lehrbefähigung für Sport	2 429	40,7	825	32,4	1 604	46,8
Hilfskräfte mit Übungsleiterausweis des DSB	70	1,2	20	0,8	50	1,5
Hilfskräfte ohne Übungsleiterausweis des DSB	109	1,8	37	1,5	72	2,1
Insgesamt	5 975	100	2 550	100	3 425	100

Lieselotte Korschey

STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

28. Jahrgang Heft 4 April 1976

Schleswig-Holstein im Zahlenspiegel

Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974/75			1975/76				
		Monats- durchschnitt			Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit											
*Bevölkerung am Monatsende	1 000	2 573	2 583	2 584	2 584	2 584	2 583	2 582	
Natürliche Bevölkerungsbewegung											
*Eheschließungen 1)	Anzahl	1 266	1 248	1 210	929	894	884	1 230	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	5,9	5,8	5,5	4,2	4,5	4,2	5,6	
*Lebendgeborene 2)	Anzahl	2 199	2 129	2 008	2 019	1 989	1 850	2 012	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	10,3	9,9	9,1	9,2	9,7	8,7	9,2	
*Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 693	2 674	2 948	2 798	2 917	2 535	2 840	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	12,6	12,4	13,4	12,7	14,2	11,9	12,9	
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	48	38	36	35	33	36	41	
*	je 1 000 Lebendgeborene	21,7	18,0	17,9	17,3	16,6	19,5	20,4	
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 494	- 545	- 940	- 779	- 928	- 685	- 828	
*	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	- 2,3	- 2,5	- 4,3	- 3,5	- 4,5	- 3,2	- 3,8	
Wanderungen											
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	8 280	7 145	5 366	6 366	5 709	5 565	5 547	
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	6 468	6 204	5 132	6 028	4 784	5 239	5 152	
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 1 812	+ 941	+ 234	+ 338	+ 925	+ 326	+ 395	
*Innerhalb des Landes Umgezogene 4)	Anzahl	10 318	10 248	8 908	10 114	9 198	9 285	9 686	
Wanderungsfälle	Anzahl	25 066	23 597	19 406	22 508	19 691	20 089	20 385	
*	je 1.000 Einw. und 1 Jahr	165	157	129	149	141	138	137	
Arbeitslage											
*Arbeitslose	1 000	14	29	45	54	55	49	53	59	60	
darunter *Männer	1 000	8	17	27	34	35	26	30	33	35	
Offene Stellen	1 000	20	14	8	9	10	7	6	7	9	
darunter für Männer	1 000	13	8	4	5	6	4	4	4	5	
Landwirtschaft											
Viehbestand											
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 496 ^a	1 507 ^a	1 507				1 525			
darunter *Milchkühe	1 000	504 ^a	495 ^a	495				503			
(ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000										
*Schweine	1 000	1 659 ^a	1 567 ^a	1 567				1 620			
darunter *Zuchtsauen	1 000	168 ^a	168 ^a	168				170			
darunter *trächtig	1 000	111 ^a	111 ^a	111				113			
Schlachtungen von Inlandtieren											
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	31	36	32	38	34	40	31	33	31	
*Kälber	1 000 St.	1	2	1	1	1	1	1	1	1	
*Schweine	1 000 St.	200	214	212	231	186	214	225	224	186	
darunter *Hausschlachtungen	1 000 St.	7 ^b	7 ^c	12	13	9	11	10	11	7	
*Schlachtungsmengen⁵⁾ aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel)											
	1 000 t	24,2	27,2	25,3	29,0	24,1	27,6	26,6	27,0	23,3	
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,0	9,5	8,3	10,0	8,8	10,0	8,0	8,6	8,1	
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	
*Schweine	1 000 t	16,1	17,5	16,8	18,8	15,1	17,4	18,4	18,2	15,0	
Durchschnittliches Schlachtgewicht für											
Rinder (ohne Kälber)	kg	264	270	271	273	270	266	270	271	273	
Kälber	kg	95	96	100	93	90	94	91	94	91	
Schweine	kg	83	85	84	86	85	86	86	85	84	
Geflügel											
Eingelegte Bruteier 6)	1 000	515	514	390	481	500	376	432	549	554	
*für Legehennenküken	1 000	879	956	995	1 006	945	944	1 130	1 058	1 000	
*für Masthühnerküken	1 000										
*Geflügelfleisch 7)	1 000 kg	825	755	639	835	764	878	891	897	818	
*Milcherzeugung											
	1 000 t	181	183	167	184	181	149	177	197	199	
darunter *an Meiereien geliefert	%	93	94	93	93	93	93	93	93	93	
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,8	12,0	10,8	11,9	13,0	10,0	11,5	12,6	13,6	

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) nach dem Ereignisort

2) nach der Wohngemeinde der Mutter

3) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen

4) ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

5) einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

6) in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern

7) aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

a) Dezember

b) Winterhalbjahr 1973/74 = 10

c) Winterhalbjahr 1974/75 = 10

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen:

		1973	1974	1974/75			1975/76			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Industrie und Handwerk										
Industrie⁸⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	187	187	183	180	179	175	173	172	171
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	138	136	132	129	129	125	124	122	122
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	22 249	21 348	19 324	20 123	19 564	19 608	18 335	18 607	18 542
*Löhne (brutto)	Mill. DM	208,6	228,2	237,9	213,8	201,4	255,9	239,7	212,7	199,6
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	97,5	113,3	113,2	113,3	112,1	146,0	140,5	118,0	114,4
*Kohleverbrauch	1 000 t SKE ⁹⁾	28	32	30	32	26	17	16	20	25
*Gasverbrauch (H ₀ = 8 400 kcal/m ³)	Mill. m ³	13,8	13,3	14,5	16,8	15,2	18,9	18,6	19,7	18,6
*Stadt-, Kokerei- und Ferngas	Mill. m ³	3,5	3,1	3,0	5,6	3,7	5,0	5,0	6,0	4,5
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³	10,3	10,3	11,6	11,2	11,4	13,9	13,6	13,7	14,1
*Heizölverbrauch	1 000 t	100	96	92	86	80	96	94	92	84
*leichtes Heizöl	1 000 t	21	18	19	21	21	20	21	23	22
*schweres Heizöl	1 000 t	79	78	73	64	59	76	73	70	61
*Stromverbrauch	Mill. kWh	177	178	169	168	162	179	171	168	169
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	36	37	41	39	32	41	41	37	35
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) ¹⁰⁾	Mill. DM	1 436	1 690	1 724	1 525	1 562	1 774	1 943	1 576	1 656
darunter *Auslandsumsatz	Mill. DM	242	318	306	309	359	376	333	239	293
Produktionsindex (arbeitstäglich)										
*Gesamtindustrie	1970=100	116	119	.	103	114	127	115	106	...
*Bergbau	1970=100	92	78	.	73	74	76	76	72	...
*Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	1970=100	120	120	.	101	104	112	96	97	...
*Investitionsgüterindustrie	1970=100	114	126	.	109	126	143	141	116	...
*Verbrauchsgüterindustrie	1970=100	123	115	.	89	112	126	108	103	...
*Nahrungs- und Genussmittelindustrie	1970=100	109	111	.	107	108	122	104	102	...
außerdem										
Produktionsindex für die Bauindustrie	1970=100
Handwerk (Mehrziffern)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) (Ende des Vierteljahres)	30.9.1970=100	96,7	92,3	90,4	.	.	.	89,2	.	.
*Gesamtumsatz (einschließlich Mehrwertsteuer)	Vj. -D 1970=100	132,2	132,4	159,4	.	.	.	174,4	.	.
Öffentliche Energieversorgung										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	290	300	322	361	246	302	388	423	379
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste)	Mill. kWh	582	601	686	714	631	682	736	761	694
*Gaserzeugung (brutto) (H ₀ = 8 400 kcal/m ³)	Mill. m ³	10	7	9	9	9	7	8	9	9
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe (nach der Totalerhebung hochgerechnet)										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	61 242	55 689	51 165	49 042	48 013	50 511	49 678	48 424	47 808
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 906	7 268	4 993	6 083	5 187	6 522	5 294	4 420	3 520
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	3 576	3 018	2 045	2 513	2 052	2 721	2 311	2 051	1 680
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	1 342	1 186	825	1 049	907	1 190	948	861	732
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 790	2 845	1 941	2 360	2 096	2 334	1 840	1 368	974
*Löhne (brutto)	Mill. DM	90,2	88,4	68,5	74,0	62,4	87,8	73,5	54,9	41,8
*Gehälter (brutto)	Mill. DM	11,3	12,1	14,8	11,1	11,1	15,0	14,7	11,5	11,4
*Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	282,0	274,0	439,3	201,6	170,5	357,4	495,8	174,1	194,5

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

8) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

9) eine t Steinkohle-Einheit (SKE) = 1 t Steinkohle/-briketts = 1,03 t Steinkohlenskoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle

10) ohne Umsatz in Handelsware und ohne Erlöse aus Nebengeschäften

11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974/75			1975/76			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
noch: Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen										
*Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	946	728	457	566	608	779	773	770	904
darunter *mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	853	674	405	536	568	753	729	708	865
*umbauter Raum	1 000 m ³	1 018	733	547	500	543	693	695	691	765
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	177 561	135 136	100 899	95 628	103 024	133 705	132 670	139 170	151 904
*Wohnfläche	1 000 m ²	193	134	104	88	99	118	123	132	137
*Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	176	152	127	128	98	212	181	150	142
*umbauter Raum	1 000 m ³	775	568	715	504	385	678	635	777	396
*veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	90 227	75 973	91 555	88 335	41 120	104 517	100 219	87 569	49 506
*Nutzfläche	1 000 m ²	141	104	108	82	55	121	122	131	80
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 305	1 634	1 300	997	1 150	1 478	1 354	1 472	1 490
Baufertigstellungen										
Wohnungen ¹²⁾	Anzahl	2 937	2 295	15 497	546	890	785	10 183	573	453
Wohnräume ¹²⁾	Anzahl	11 336	9 637	63 970	2 013	3 812	3 814	46 340	2 531	1 952
Handel und Gastgewerbe										
Ausfuhr										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	297,8	367,5	389,0	329,5	384,5	449,8	452,4	318,3	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	32,5	47,0	35,7	56,6	53,9	65,6	54,6	65,5	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	247,3	320,5	353,4	272,9	330,6	384,2	397,7	252,9	...
davon *Rohstoffe	Mill. DM	5,9	8,2	7,7	9,5	8,7	7,7	7,5	7,3	...
*Halbwaren	Mill. DM	19,7	47,5	62,2	46,1	45,4	54,1	35,1	30,8	...
*Fertigwaren	Mill. DM	221,7	264,8	283,5	217,2	276,5	322,4	355,2	214,8	...
davon *Vorerzeugnisse	Mill. DM	21,0	28,9	23,5	23,4	25,6	24,4	23,6	23,6	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	200,7	235,9	260,0	193,8	250,9	298,0	331,6	191,2	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	122,3	169,4	140,0	165,4	147,8	269,3	198,7	149,3	...
darunter Italien	Mill. DM	22,9	23,0	17,0	19,4	15,6	17,5	21,9	19,3	...
Niederlande	Mill. DM	25,6	46,3	32,0	27,3	29,6	45,4	72,0	31,4	...
Dänemark	Mill. DM	22,0	33,9	31,1	45,8	39,6	123,1	34,5	26,6	...
Großbritannien	Mill. DM	18,4	25,2	21,6	29,7	21,9	37,8	29,1	35,4	...
*EFTA-Länder	Mill. DM	65,4	58,2	61,0	50,5	63,8	69,0	49,3	37,5	...
darunter Norwegen	Mill. DM	27,5	8,4	10,5	6,6	11,4	26,1	5,6	3,9	...
Schweden	Mill. DM	19,0	26,0	26,6	21,9	27,6	20,0	13,7	14,7	...
*Index der Einzelhandelsumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	133,6	141,9	184,9	r 132,4	124,8	171,2	213,9	146,7	...
*Index der Gastgewerbeumsätze (einschließlich Mehrwertsteuer)	1970=100	119,2	137,1	116,8	r 100,1	95,2	112,0	124,0	99,2	...
Fremdenverkehr in 134 Berichtsgemeinden										
*Fremdenmeldungen	1 000	200	210	79	68	78	p 86	p 83	p 67	p 73
darunter *von Auslandsgästen	1 000	18	17	7	6	8	p 10	p 8	p 6	p 8
*Fremdenübernachtungen	1 000	1 659	1 724	319	280	303	p 321	p 319	p 265	p 272
darunter *von Auslandsgästen	1 000	37	36	16	11	16	p 19	p 18	p 13	p 18
Verkehr										
Seeschifffahrt¹³⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 121	1 189	1 145	1 091	1 001
Güterversand	1 000 t	399	518	520	544	421
Binnenschifffahrt										
*Güterempfang	1 000 t	236	231	182	201	217	181	208	172	182
*Güterversand	1 000 t	327	296	180	213	179	260	225	199	171
*Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	7 522	6 282	4 870	6 003	7 033	7 264	6 914	7 560	...
darunter Kraftträder (einschließlich Motorroller)	Anzahl	92	80	24	47	83	55	28	64	...
*Personenkraftwagen ¹⁴⁾	Anzahl	6 693	5 585	4 345	5 502	6 427	6 580	6 302	6 923	...
*Lastkraftwagen	Anzahl	386	294	249	213	243	299	290	302	...
Straßenverkehrsunfälle										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 428	1 293	1 467	1 099	1 054	1 393	1 552	p 1 351	p 1 120
*Getötete Personen	Anzahl	61	55	78	61	48	70	65	p 47	p 47
*Verletzte Personen	Anzahl	1 891	1 698	1 884	1 393	1 319	1 817	2 028	p 1 777	p 1 465

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

12) Zimmer mit 6 und mehr m² Fläche und alle Küchen

13) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

14) einschließlich Kombinationskraftwagen

noch: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974/75			1975/76			
		Monats- durchschnitt ^{d)}		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	Febr.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ¹⁵⁾										
*Kredite 16) an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	23 133	24 984	24 984	24 996	25 152	27 651	28 066	28 301	28 560
darunter										
*Kredite 16) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	22 352	24 024	24 024	24 035	24 196	26 188	26 542	26 757	26 959
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	4 903	5 176	5 176	5 073	5 075	4 976	5 056	5 032	4 986
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 882	5 147	5 147	5 037	5 038	4 848	4 929	4 896	4 827
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	21	29	29	36	37	128	127	136	159
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	2 068	2 215	2 215	2 225	2 229	2 528	2 549	2 535	2 595
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	1 925	2 028	2 028	2 037	2 037	2 127	2 156	2 146	2 205
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	143	187	187	188	192	401	393	389	390
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	15 382	16 633	16 633	16 737	16 892	18 683	18 937	19 190	19 379
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	12 934	13 944	13 944	14 008	14 138	15 313	15 378	15 510	15 652
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	2 448	2 689	2 689	2 729	2 754	3 370	3 559	3 680	3 726
*Einlagen und aufgenommene Kredite ¹⁶⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	18 446	20 182	20 182	20 153	20 333	21 713	22 147	22 141	22 378
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	10 614	11 529	11 529	11 437	11 498	11 527	11 428	11 329	11 459
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	6 645	7 374	7 374	7 281	7 264	7 442	7 244	7 116	7 160
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	3 969	4 155	4 155	4 156	4 235	4 085	4 184	4 212	4 299
*Spareinlagen	Mill. DM	7 832	8 654	8 654	8 715	8 835	10 186	10 719	10 812	10 919
*bei Sparkassen	Mill. DM	4 686	5 169	5 169	5 193	5 260	5 900	6 211	6 245	6 302
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften)	Mill. DM	411	469	987	643	483	493	1 108	772	548
*Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	380	400	461	581	364	400	574	680	441
Zahlungsschwierigkeiten										
*Konkurse (eröffnete u. mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	16	21	20	20	15	49	44	34	54
*Vergleichsverfahren	Anzahl	1,3	1,9	2	-	-	1	2	1	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	437	494	437	451	370	315	355
*Wechselsumme	Mill. DM	1,541	3,945	1,928	1,446	1,524	1,160	1,534
Steuern										
Steueraufkommen nach Steuerarten			Vierteljahres- durchschnitt	4. Vj.			4. Vj.			
*Gemeinschaftssteuern	1 000 DM	1 120 416	1 280 969	1 533 218	.	.	1 540 203	.	.	
*Steuern vom Einkommen	1 000 DM	835 797	970 001	1 211 650	.	.	1 221 996	.	.	
*Lohnsteuer 17)	1 000 DM	559 208	662 403	843 391	.	.	837 490	.	.	
*veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	216 666	238 057	270 713	.	.	306 308	.	.	
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	1 000 DM	6 012	7 385	6 874	.	.	3 922	.	.	
*Körperschaftsteuer 17)	1 000 DM	5 391 0	62 156	90 672	.	.	74 276	.	.	
*Steuern vom Umsatz	1 000 DM	284 619	310 968	321 568	.	.	318 207	.	.	
*Umsatzsteuer	1 000 DM	204 394	203 272	203 604	.	.	213 589	.	.	
*Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	80 226	107 696	117 964	.	.	104 618	.	.	
*Bundessteuern	1 000 DM	348 996	270 736	161 749	.	.	108 354	.	.	
*Zölle	1 000 DM	32 028	30 437	32 833	.	.	731	.	.	
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	1 000 DM	297 488	217 634	102 526	.	.	96 626	.	.	
*Landessteuern	1 000 DM	90 117	94 599	92 029	.	.	94 936	.	.	
*Vermögensteuer	1 000 DM	17 100	20 526	21 801	.	.	19 213	.	.	
*Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	52 241	53 875	50 127	.	.	53 779	.	.	
*Biersteuer	1 000 DM	2 854	2 959	3 056	.	.	3 032	.	.	
*Gemeindesteuern	1 000 DM	187 078	208 162	228 001	.	.	213 164	.	.	
*Grundsteuer A 18)	1 000 DM	7 114	7 101	6 609	.	.	6 285	.	.	
*Grundsteuer B 19)	1 000 DM	26 496	25 830	24 123	.	.	34 051	.	.	
*Gewerbsteuer					
nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	121 447	140 023	162 223	.	.	135 590	.	.	
*Lohnsummensteuer	1 000 DM	15 929	17 983	18 811	.	.	19 011	.	.	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
*Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	889 492	878 107	910 013	.	.	868 498	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	331 174	382 856	489 047	.	.	490 703	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	185 003	195 910	202 330	.	.	217 176	.	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	24 319	28 605	56 888	.	.	52 265	.	.	
*Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	698 586	775 182	911 553	.	.	873 284	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	1 000 DM	389 049	452 295	557 389	.	.	561 530	.	.	
*Anteil an den Steuern vom Umsatz 20)	1 000 DM	195 101	199 682	205 247	.	.	164 554	.	.	
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	24 319	28 605	56 888	.	.	52 265	.	.	
*Steuereinnahmen des Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	250 030	285 639	368 518	.	.	373 566	.	.	
*Gewerbsteuer					
nach Ertrag und Kapital (netto) ²¹⁾	1 000 DM	72 809	82 811	48 448	.	.	31 061	.	.	
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	111 589	134 689	254 292	.	.	264 932	.	.	

Schluß: Monats- und Vierteljahreszahlen

		1973	1974	1974/75			1975/76			
		Monats- durchschnitt		Dez.	Januar	Febr.	Nov.	Dez.	Januar	
Preise										
Preisindexziffern im Bundesgebiet										
Einfuhrpreise	1970=100	112,6	144,8	144,3	142,3	140,7	145,9	147,4	148,8	...
Ausfuhrpreise	1970=100	112,3	131,4	134,8	136,0	135,6	137,1	137,4	139,5	...
Grundstoffpreise	1970=100	115,3	137,4	137,8	137,8	136,8	139,4	140,6
Erzeugerpreise										
industrieller Produkte ²²⁾	1970=100	114,1	129,4	133,0	134,6	134,7	136,0	136,3	137,5	138,4
landwirtschaftlicher Produkte ²²⁾	1970=100	121,6	117,6	.	120,6	122,3	142,1	146,5	149,0	...
*Preisindex für Wohngebäude, Bauleistungen am Gebäude ²³⁾	1970=100	126,4	135,6	.	.	137,3	139,4
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²²⁾	1970=100	122,2	131,1	.	136,0	136,6	141,4	141,9	142,9	...
Einzelhandelspreise	1970=100	117,0	125,9	130,0	131,1	131,9	135,4	135,7	136,7	137,8
*Preisindex für die Lebenshaltung ²⁴⁾	1970=100	118,8	127,1	130,1	131,3	132,0	136,7	137,1	138,2	139,2
darunter für										
*Nahrungs- und Genussmittel	1970=100	118,0	123,6	125,4	126,5	127,1	130,9	131,7	133,3	135,0
Kleidung, Schuhe	1970=100	120,7	129,7	133,9	134,3	135,0	138,0	138,2	138,6	139,2
Wohnungsmieten	1970=100	119,2	125,1	127,1	128,2	129,3	135,8	136,1	136,9	137,7
Elektrizität, Gas, Brennstoffe	1970=100	128,2	149,8	153,0	158,8	157,8	175,7	174,6	176,5	177,2
übrige Waren und Dienstleistungen für die Haushaltsführung	1970=100	114,3	123,1	128,3	129,4	130,2	132,7	133,2	134,6	134,8
Löhne und Gehälter²⁵⁾										
Arbeiter in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Bruttowochenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	402	429	.	421	.	.	.	449	.
darunter *Facharbeiter	DM	426	455	.	446	.	.	.	476	.
*weibliche Arbeiter	DM	241	273	.	277	.	.	.	295	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	232	263	.	268	.	.	.	282	.
Bruttostundenverdienste										
*männliche Arbeiter	DM	9,11	9,85	.	9,95	.	.	.	10,64	.
darunter *Facharbeiter	DM	9,67	10,40	.	10,43	.	.	.	11,16	.
*weibliche Arbeiter	DM	5,98	6,73	.	7,00	.	.	.	7,53	.
darunter *Hilfsarbeiter	DM	5,75	6,50	.	6,73	.	.	.	7,25	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
männliche Arbeiter	Std.	44,0	43,4	.	42,3	.	.	.	42,3	.
weibliche Arbeiter	Std.	40,2	40,5	.	39,6	.	.	.	39,2	.
Angestellte, Bruttomonatsverdienste										
in Industrie und Hoch- und Tiefbau										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	2 009	2 226	.	2 294	.	.	.	2 463	.
*weiblich	DM	1 355	1 512	.	1 568	.	.	.	1 673	.
Technische Angestellte										
*männlich	DM	2 196	2 432	.	2 467	.	.	.	2 615	.
*weiblich	DM	1 321	1 501	.	1 526	.	.	.	1 634	.
in Handel, Kredit und Versicherungen										
Kaufmännische Angestellte										
*männlich	DM	1 796	1 948	.	2 014	.	.	.	2 164	.
*weiblich	DM	1 129	1 252	.	1 320	.	.	.	1 437	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	1 708	2 193	.	2 259	.	.	.	2 135	.
weiblich	DM	1 384	1 537
in Industrie und Handel zusammen										
Kaufmännische Angestellte										
männlich	DM	1 861	2 041	.	2 109	.	.	.	2 261	.
weiblich	DM	1 184	1 322	.	1 389	.	.	.	1 503	.
Technische Angestellte										
männlich	DM	2 151	2 410	.	2 448	.	.	.	2 583	.
weiblich	DM	1 325	1 502	.	1 526	.	.	.	1 632	.

*) wird von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

15) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassensämter

16) einschließlich durchlaufender Kredite

17) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung

18) Grundsteuerbeteiligungsbeträge abgeglichen

19) einschließlich Grundsteuerbeiträge für Arbeiterwohnstätten

20) Umsatzsteuer: Nach der vorläufigen Bemessung der Länderanteile an der Umsatzsteuer gemäß § 2 und § 14 Abs. 1 des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 28.8.1969. Einfuhrumsatzsteuer: Abschlagzahlungen gemäß § 2 Abs. 5 der ersten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 30.1.1970

21) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

22) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

23) nur Neubau

24) alle privaten Haushalte

25) Effektivverdienste

d) Bestandszahlen bei Kredite und Einlagen: Stand 31.12.

Jahreszahlen B

erscheint im monatlichen Wechsel mit A

Jahr	Wohnungswesen				Ausfuhr				Fremdenverkehr ²⁾			
	zum Bau genehmigte Wohnungen 1)	fertiggestellte Wohnungen 1)		Bestand an Wohnungen	insgesamt	in EG-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Meldungen		Übernachtungen	
		insgesamt	im sozialen Wohnungsbau						insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	Auslandsgäste
	in 1 000	in 1 000	in %	in 1 000	Mill. DM				in 1 000			
1970	27	21	19	889	2 166	651	664	1 880	2 256	236	18 079	489
1971	33	27	17	916	2 576	785	703	2 226	2 273	232	18 517	485
1972	33	30	15	946	3 012	823	1 082	2 686	2 238	221	18 374	488
1973	26	34	12	980	3 358	1 468	785	2 968	2 388	215	19 802	445
1974	19	26	22	1 006	4 410	2 033	698	3 846	2 496	208	20 531	435

Jahr	Kfz-Bestand am 1. 7.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spar-einlagen ⁴⁾ am 31. 12.	Sozialhilfe			Kriegs-opfer-fürsorge
	insgesamt	Kraft-räder	Pkw ³⁾	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		in Mill. DM	insgesamt	laufende Hilfe zum Lebensunterhalt	
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	in 1 000											
1970	698	7	573	42	16 851	882	23 200	5 810	148,4	49,3	32,7	13,1
1971	754	6	626	44	17 233	915	23 668	6 495	175,7	59,8	36,0	17,0
1972	796	6	666	44	18 029	850	24 281	7 332	215,7	74,3	39,1	22,9
1973	837	6	704	45	17 139	727	22 689	7 832	254,7	85,4	41,4	27,1
1974	851	7	718	45	15 513	656	20 375	8 654	337,5	111,3	...	31,2

Jahr	Steuern								Neuverschuldung ⁵⁾			
	Steuereinnahmen			Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauch-steuern	Gewerbe-steuer	des Landes	der Gemeinden und Gemeindeverbände	
	des Bundes	des Landes	der Gemeinden		insgesamt	Lohn-steuer	veranlagte Einkommen-steuer				insgesamt	Kreditmarkt-mittel
	Mill. DM											
1970	2 425	1 865	590	867	1 714	1 081	481	850	342	2 615	1 734	1 209
1971	2 730	2 067	740	967	2 060	1 367	549	904	395	2 823	1 992	1 428
1972	3 087	2 448	829	1 117	2 455	1 609	703	1 022	445	3 326	2 286	1 675
1973	3 556	2 816	1 000	1 149	3 043	1 974	867	1 190	550	3 620	2 562	1 923
1974	3 508	3 086	1 143	1 259	3 513	2 320	952	871	632	4 074	2 783 ^a	2 200 ^b

Jahr	Preisindices im Bundesgebiet					Löhne und Gehälter						
	Erzeugerpreise		für Wohn-gebäude	für die Lebenshaltung ⁶⁾ 1970=100		Industriearbeiter ⁹⁾		Angestellte in Industrie 9) und Handel			öffentlicher Dienst	
	indu-strieller Produkte ⁷⁾ 1970=100	landwirt-schaftlicher Produkte ⁷⁾⁸⁾ 1961/63 =100		insgesamt	Nahrungs- und Genuß-mittel	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹⁰⁾		
			kaufmännische Angestellte					techn. Angest.	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
	DM											
1970	100	98,1	147,4	100	100	297	178	1 329	839	1 572	1 608	1 152
1971	104,3	106,5	162,7	105,3	103,8	337	198	1 484	938	1 755	1 744	1 257
1972	107,0	118,7	174,3	111,1	109,7	369	218	1 615	1 019	1 909	1 841	1 334
1973	114,1	118,8	187,1	118,8	118,0	402	241	1 861	1 184	2 151	1 985	1 448
1974	129,4	...	200,8	127,1	123,6	429	273	2 041	1 322	2 410	2 197	1 623

1) Errichtung neuer Gebäude

3) einschließlich Kombinationskraftwagen

5) ohne Kassenkredite

7) ohne Umsatz(Mehrwert)steuer

9) einschließlich Hoch- und Tiefbau

2) Fremdenverkehrsjahre (Oktober des vorangegangenen bis September des bezeichneten Jahres)

4) ohne Postspareinlagen

6) alle privaten Haushalte

8) Wirtschaftsjahr Juli bis Juni

10) Endgehalt, Ortsklasse S. Die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind

a) darunter Schulden der Eigenbetriebe 536 Mill. DM

b) darunter Schulden der Eigenbetriebe 470 Mill. DM

Kreiszahlen

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 30. November 1975			Bevölkerungsveränderung im November 1975			Kraftfahrzeugbestand am 1. Januar 1976	
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wande- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	insgesamt	Pkw ²⁾
		Vormonat	Vorjahres- monat 1)					
			in %					
FLENSBURG	93 448	- 0,2	- 1,3	- 41	- 141	- 182	27 485	25 092
KIEL	262 026	+ 0,1	- 0,9	- 125	446	321	76 030	69 776
LÜBECK	232 408	- 0,1	- 1,0	- 88	- 158	- 246	65 424	59 305
NEUMÜNSTER	84 897	- 0,1	- 1,0	- 19	- 27	- 46	27 372	24 558
Dithmarschen	131 216	- 0,1	- 0,6	- 36	- 58	- 94	48 809	38 182
Hzgt. Lauenburg	151 125	+ 0,0	+ 0,2	- 54	75	21	51 285	43 664
Nordfriesland	161 438	- 0,2	- 0,3	- 29	- 223	- 252	60 824	48 607
Ostholstein	186 599	- 0,1	+ 0,2	- 46	- 146	- 192	63 628	53 600
Pinneberg	253 007	+ 0,0	- 0,1	- 15	116	101	85 792	75 103
Plön	113 702	+ 0,0	+ 0,4	- 28	34	6	43 884	36 427
Rendsburg-Eckernförde	236 745	+ 0,0	+ 0,6	- 43	115	72	85 800	70 647
Schleswig-Flensburg	176 852	- 0,0	+ 0,3	- 42	11	- 31	68 324	54 306
Segeberg	194 474	+ 0,1	+ 1,3	4	196	200	75 133	63 724
Steinburg	130 413	- 0,1	- 0,8	- 59	- 45	- 104	46 332	37 448
Stormarn	174 495	+ 0,0	+ 1,2	- 64	131	67	62 307	54 396
Schleswig-Holstein	2 582 845	- 0,0	- 0,1	- 685	326	- 359	888 429	754 835

KREISFREIE STADT Kreis	Industrie ³⁾			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Februar 1976 (vorläufige Zahlen)		
	Betriebe am 31.1.1976	Beschäftigte am 31.1.1976	Umsatz ⁴⁾ im Januar 1976 Mill. DM	Unfälle	Getötete ⁵⁾	Verletzte
FLENSBURG	56	8 389	123	42	1	50
KIEL	137	27 570	149	92	1	112
LÜBECK	135	27 112	153	101	1	118
NEUMÜNSTER	73	9 339	57	51	1	62
Dithmarschen	58	5 821	160	45	4	50
Hzgt. Lauenburg	93	8 599	65	55	3	70
Nordfriesland	46	2 480	37	63	-	84
Ostholstein	77	5 512	48	76	1	99
Pinneberg	220	21 567	181	119	5	175
Plön	36	2 305	23	42	3	54
Rendsburg-Eckernförde	121	10 634	87	115	9	150
Schleswig-Flensburg	67	4 297	66	64	3	82
Segeberg	170	13 437	121	108	8	146
Steinburg	95	9 569	92	53	1	73
Stormarn	137	15 030	213	94	6	140
Schleswig-Holstein	1 521	171 661	1 576	1 120	47	1 465

1) nach dem Gebietsstand vom 30. November 1975

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

3) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

4) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

5) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit 136 Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für die Bundesländer

Land	Bevölkerung am 30. September 1975			Offene Stellen am 31.1. 1976 in 1 000	Kuhmilcherzeugung im Januar 1976			*Viehbestände (vorläufige Zahlen)		
	in 1 000	Veränderung gegenüber			1 000 t	darunter an Meiereien geliefert in %	kg je Kuh und Tag	Schweine insgesamt am 3.12.1975	Rindvieh am 3.12.1975	
		VZ 1961	Vorjahres- quartal						insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %								
Schleswig-Holstein	2 584	+ 11,5	- 0,1	7	197	93,3	12,6	1 621	1 527	504
Hamburg	1 723	- 6,0	- 1,0	7	1	93,0	11,6	11	15	4
Niedersachsen	7 247	+ 9,1	- 0,3	21	391	91,3	12,5	5 700	2 965	1 017
Bremen	720	+ 1,9	- 0,9	2	2	89,3	11,9	7	17	5
Nordrhein-Westfalen	17 155	+ 7,8	- 0,4	52	226	94,6	11,0	4 430	1 883	641
Hessen	5 556	+ 15,4	- 0,4	20	109	85,0	11,0	1 383	879	311
Rheinland-Pfalz	3 674	+ 7,5	- 0,6	9	72	88,2	9,8	671	668	236
Baden-Württemberg	9 175	+ 18,2	- 0,7	34	207	80,5	9,5	2 077	1 833	693
Bayern	10 821	+ 13,7	- 0,3	29	578	88,8	9,6	3 892	4 605	1 935
Saarland	1 098	+ 2,4	- 0,7	2	9	82,6	10,6	64	74	27
Berlin (West)	1 995	- 9,2	- 1,7	7	0	24,2	15,5	8	1	1
Bundesgebiet	61 746	+ 9,9	- 0,5	191	1 792	89,3	10,7	19 865	14 466	5 372

Land	Industrie ¹⁾				Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im November 1975			
	Beschäftigte am 30.11.1975 in 1 000	Umsatz ²⁾ im November 1975		Produk- tions- index 3) 1970=100 im November 1975	Beschäftigte am 30.11.1975		zum Bau genehmigte Wohnungen		fertiggestellte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslands- umsatz in %		in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	175	1 774	21	127	51	20	1 478	5,7	785	3,0
Hamburg	173	2 363	23		32	18	2 141	12,4	632	3,7
Niedersachsen	678	6 333	25	123	147	20	4 331	6,0	3 563	4,9
Bremen	95	946	21		16	22	243	3,4	589	8,2
Nordrhein-Westfalen	2 320	20 500	24	109	300	17	9 508	5,5	8 700	5,1
Hessen	652	4 953	26	113	107	19	3 219	5,8	433	0,8
Rheinland-Pfalz	368	3 645	26	131	69	19	1 959	5,3	1 616	4,4
Baden-Württemberg	1 410	10 813	25		194	23	5 222	5,7	5 562	6,0
Bayern	1 269	9 912	22	121	244	23	4 665	4,3	7 062	6,5
Saarland	153	1 116	33	131	18	16	362	3,3	354	3,2
Berlin (West)	196	1 499	12		35	17	1 879	9,4	1 035	5,2
Bundesgebiet	7 489	63 855	24	116	1 212	20	35 007	5,7	30 331	4,9

Land	*Kfz-Bestand ⁴⁾ am 1. Juli 1975			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im Dezember 1975				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 31.12.1975 in DM je Einwohner	Steuereinnahmen			
	ins- gesamt in 1 000	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		in DM je Einwohner	des	des	der
		Anzahl	je 1 000 Einwohner							Landes	Bundes	Gemeinden
										im 4. Vierteljahr 1975		
Schleswig-Holstein	875	742	287	1 552	65	2 028	135	4 148	350	350	...	
Hamburg	534	486	281	941	26	1 208	131	7 477	629	2 855	...	
Niedersachsen	2 499	2 098	289	3 555	211	4 724	139	5 014	349	380	...	
Bremen	221	200	277	370	9	432	119	5 733	461	1 148	...	
Nordrhein-Westfalen	5 429	4 844	282	7 079	319	9 170	134	5 770	409	655	...	
Hessen	1 990	1 714	308	2 408	90	3 271	140	6 395	402	563	...	
Rheinland-Pfalz	1 309	1 080	294	1 602	92	2 188	142	5 495	346	427	...	
Baden-Württemberg	3 276	2 768	301	3 483	147	4 966	147	6 058	419	579	...	
Bayern	3 909	3 133	289	4 449	250	6 336	148	6 303	363	447	...	
Saarland	349	311	283	598	32	823	143	4 958	346	378	...	
Berlin (West)	534	484	241	1 058	38	1 312	128	5 410	322	903	...	
Bundesgebiet	21 011 ^a	17 898 ^a	289	27 095	1 279	36 458	139	5 810	391	611	...	

* An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Getreide- und Kartoffelernte, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt

1) Betriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke

2) ohne Umsatz in Handelsware, ohne Erlöse aus Nebengeschäften und ohne Umsatzsteuer

3) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

4) ohne Bundespost und Bundesbahn

5) einschließlich Kombinationskraftwagen

6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

7) ohne Postspareinlagen

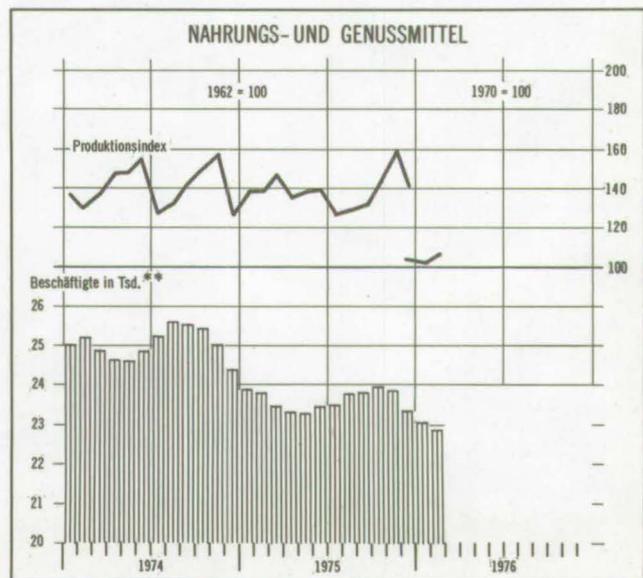
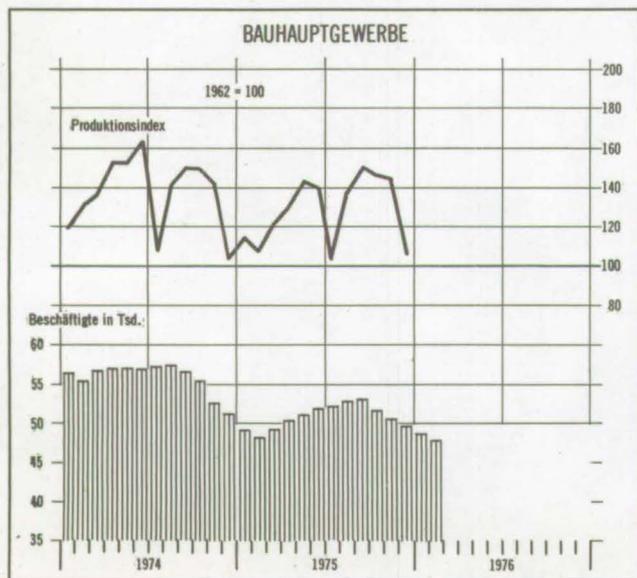
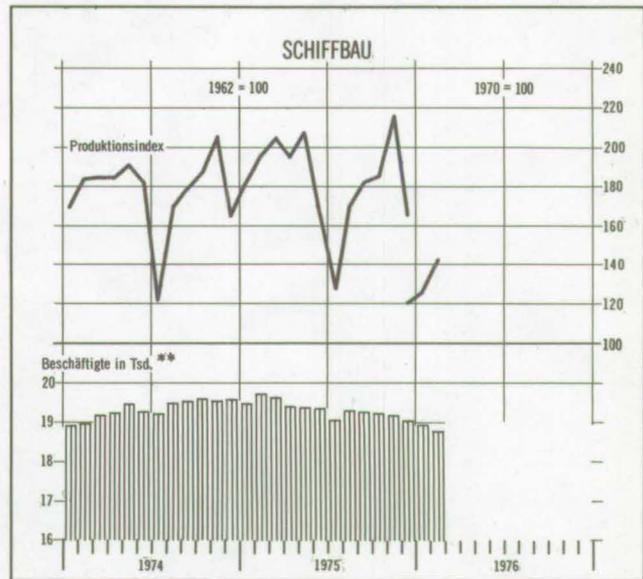
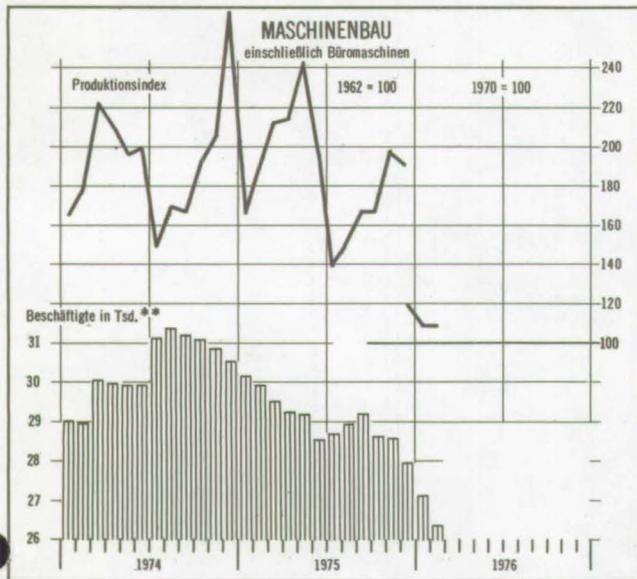
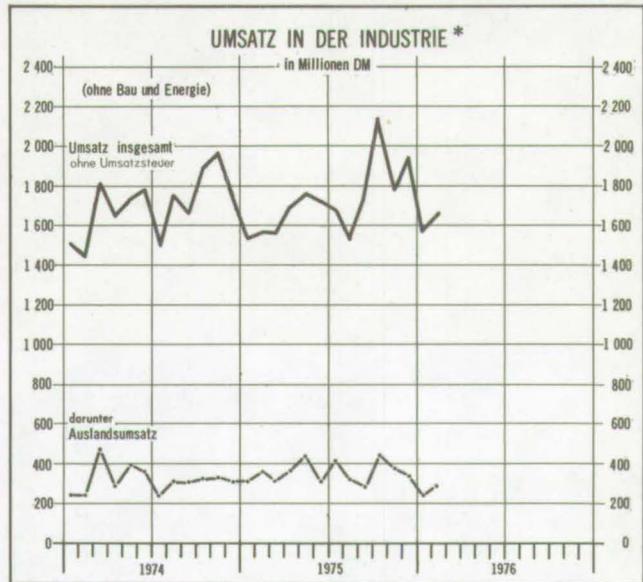
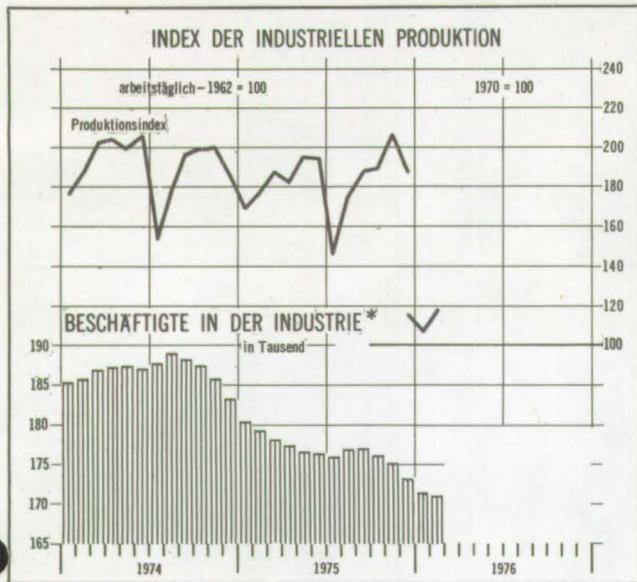
a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

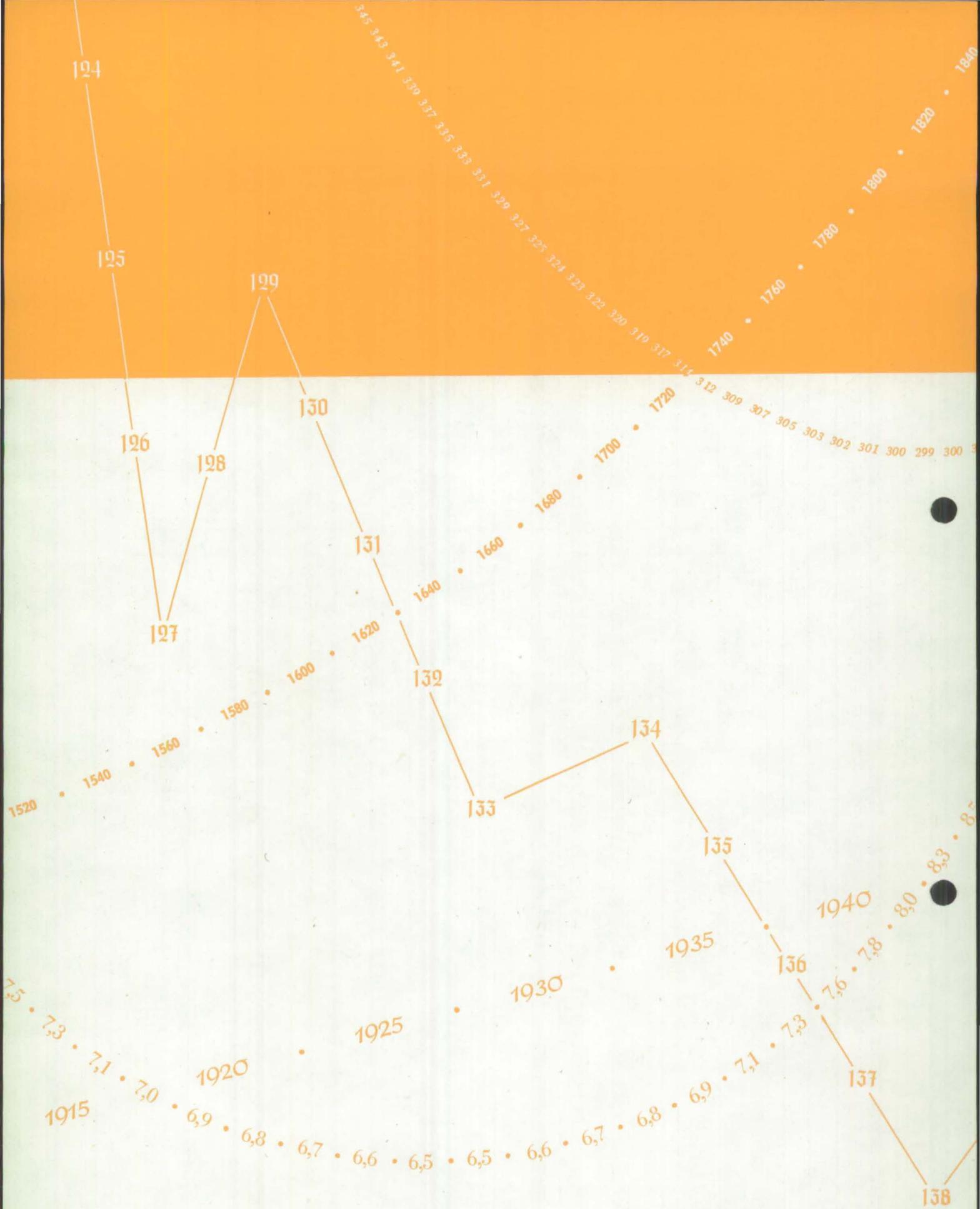
	Heft/Seite
Bildung und Kultur	
Exmatrikulierte Studenten	3/48
Wahlen	
Bundestagswahl 1976 (Teil 1)	3/46
Erwerbstätigkeit	
Teilbeschäftigte 1970	2/40
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	
Ackerschlepper und Feldmaschinen	1/18
Geflügelwirtschaft	1/10
Milchviehbetriebe	2/36
Industrie und Handwerk, Energiewirtschaft	
Arbeitende Industrie 1975	1/2
Bauwirtschaft, Gebäude und Wohnungen	
Haushalte und Wohnungen	1/5
Wandel im Wohnbau	3/52
Verkehr	
Güterverkehr Eisenbahn	2/28
Straßenverkehrsunfälle	3/63
Öffentliche Sozialleistungen	
Sozialhilfeempfänger	1/24
Öffentliche Finanzen	
Millionenvermögen	3/59

SCHLESWIG - HOLSTEINISCHE WIRTSCHAFTSKURVEN · B

Die „Wirtschaftskurven“ A und B erscheinen im monatlichen Wechsel mit unterschiedlichem Inhalt. Teil A enthält folgende Darstellungen: Bevölkerung (Bevölkerungsstand, Geburtenüberschuss, Wanderungsgewinn bzw. -verlust, Zuzüge, Fortzüge, Geborene und Gestorbene); Arbeiterverdienste; Preisindex für die Lebenshaltung im Bund; Steueraufkommen; Kreditvolumen.



*) Industriebetriebe mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten
 **) in fachlichen Betriebsteilen von Industriebetrieben mit im allgemeinen 10 und mehr Beschäftigten



Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 23 Kiel 1, Postfach 11 41; Mühlenweg 166; Fernruf (04 31) 4 07 11
 Schriftleitung: Arnold Heinemann unter ständiger Mitarbeit von Lieselotte Korscheya
 Druck: Schmidt & Klaunig, Kiel, Ringstraße 19/21 — Auflage: 750
 Bezugspreis: Einzelheft 2,50 DM, Jahresbezug 25,— DM
 — Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird —
 Postbezugspreis entfällt, da nur Verlagsstücke; Bezugsgebühr wird vom Verlag eingezogen